

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

7. Januar 1993
Nr. 222

auswärts 3 DM
2,50 DM

Vorwort???

-Immer mal wieder erreicht uns die Bitte ein Interim-Register herzustellen. Von der Iddee sind wir begeistert jedoch zeitlich völlig überfordert. Vielleicht läßt sich jemand von euch dazu überreden.
-Anfragen die den Ordner betreffen überfordern uns ebenfalls. Wendet euch hierfür an den Papiertiger.



Inhalt

Ordner

AntifaKalender93 Kritik
Antifa-Netzwerk
Anti-Rass.-Gruppe Marbach
Waldspaziergang Oberpfalz
Ermittler in Tübingen (Broschüre)
Beschissene Solidarität-M99
Vergewaltigungsdiskussion
Kritik an S.Glückspilz (Interim 220)
StuPa-Wahlen FU
Dänemark
BeZe-Artikel zu Sammellager

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Zur Veröffentlichung des Vergewaltigers Hari, und den bisherigen Reaktionen:



An die Frauen, die auch Hass ham:

Wir, einige Frauen aus unterschiedlichen Frauenzusammenhängen, haben uns sehr über eure Veröffentlichung gefreut. Wir kennen die Geschichte nicht genauer, halten das aber auch absolut nicht für notwendig. Wir wissen genau wovon ihr sprecht und kennen euren Hass nur zu gut. Für uns ist es ein Schritt nach vorne genau solche Typen wie Hari aus unseren Zusammenhängen auszuschliessen. Wir wollen wissen wer sie sind. Falls er uns irgendwo begenet polieren wir ihm die Fresse und damit basta!
Lasst euch nicht durch die peinliche Seite 3 in der Interim 220 frustrieren!

An die Frauen, die den Artikel in der Interim 220, S.3 geschrieben haben:

Die von euch angerissene Diskussion ist grundsätzlich interessant, aber sie ist tatsächlich nur grundsätzlich zu führen, und nicht an Hand konkreter Beispiele.
Wir ersparen uns hier in diesem Rahmen ausführlichere Komentare, weil wir interne Diskussionen unter Frauen/Lesben nicht in einem gemischten Blatt führen wollen.
Was soll die Veröffentlichung eures Textes in einer gemischten Zeitung?? Was geht diese Diskussion die Typen an?? Es ist doch wohl nicht wahr, dass ihr Strategien gegen Vergewaltiger aus der Szene diskutieren wollt und dabei die Typen schön alle mitlesen lasst, bzw. in dem Blatt veröffentlicht, was diese Typen zum Hauptadressat hat?!
Für die Zukunft möchten wir euch nahe (sehr nah, näher, am nähsten) legen doch bitte interne Auseinandersetzungen unter Frauen/Lesben in der Amazora zu führen, die es extra dafür gibt.
Die Quittung für eure Veröffentlichung habt ihr ja bekommen:

An die Interims:

Abgesehen davon, dass eure Kritik daneben greift, finden wir es den absoluten Hammer, dass ihr als gemischte Gruppe einen Text von Frauen an Frauen zu eurem grossen Auftritt macht, und dermassen zerstückelt.
Wir gehen davon aus, dass Männer an diesen "tollen" Infos zur Frauenbefreiung und an der "intelligenten" Kritik an Frauendiskussionen beteiligt gewesen sind, denn die Interimfrauen haben doch ihre Kommentare bisher immer als Frauen unterzeichnet.

Sind es dann also (auch) Männer, die Frauen/Lesben sagen:
Das reduzierte Anliegen in den "Hirnen von Männern" etwas verändern zu wollen, negiert die Positionen von Frauenkämpfen, denen es wahrscheinlich nicht um die Missionierung von Männern geht, sondern diese als Täter und Träger patriacharlischer Strukturen anzugreifen und eine Organisierung zu nutzen und auszuweiten.?
Oder sind es dann also (auch) Männer, die einen Text von Frauen an Frauen mit fetten schwarzen Balken wie in der Schule korrigieren und kommentieren?
Die Diskussion um den Vergewaltigungsbegriff und um Frauen/Lesben-Strategien im Kampf gegen das Patriarchat gehen euch Typen einen Scheissdreck an. Ihr werdet die Ergebnisse akzeptieren müssen oder selbst zu spühren bekommen. Das ist alles!
P.S. Falls wir uns hier irren, und ihr Interimfrauen vergessen habt zu unterzeichnen, dann ändert das nichts an der Tatsache, dass diese Diskussion unter uns Frauen/Lesben nichts in der Interim zu suchen hat.

Frauen aus unterschiedlichen Frauenzusamenhängen



Solidarität ist eine Waffe ???

So,so, "einige Frauen", da habt ihr euch aber mit eurem Artikel in der Interim 220 ein lustig Possenstück ersonnen. Nur schade, daß vergewaltigte und einige andere Frauen so humorlos sind, daß sie gar nicht recht herzlich darüber lachen können.
Es reicht eben einfach nicht, ein paar feministische Standardsprüche voranzuschicken, um zu vertuschen, daß euer Machwerk unter dem Motto "Frauen voran fürs Patriarchat" steht. Bedeutet es doch für vergewaltigte Frauen bei der Öffentlichmachung ihrer Vergewaltigung zumindest ein paar blaue Flecken vorweisen können zu sollen, da dieses für euch anscheinend das Kriterium für Vergewaltigung ist.
Liebe vergewaltigte Frauen:
Solltet ihr diesen Anspruch nicht erfüllen, können wir euch daher nur empfehlen das Maul zu halten und in eurer Opferrolle zu verharren.
Also, auf, Männer, euch steht nichts mehr im Wege, ihr habt mit keinerlei harten Sanktionen zu rechnen, sondern bekommt endlich die euch zustehende Aufmerksamkeit und Zuwendung und ihr könnt auf das volle Verständnis eurer Umgebung vertrauen.
Ja, "einige Frauen", wir haben euch doch da richtig verstanden, oder?
Oder wie anders sollen wir euren "Kritikpunkt" (Zitat: "...uns bei der nächsten ähnlichen Plakataktion erstmals Zweifel über die Aussage kommen...") verstehen, als als eine Drohung an vergewaltigte Frauen, die Öffentlichmachung ihrer Vergewaltigung doch tunlichst zu unterlassen.
Ja, "einige Frauen", auch uns werden in Zukunft erstmals Zweifel an der Aussage kommen, wenn wir wieder ein ähnliches Pamphlet wie das eure in unsere Finger bekommen.

andere "einige Frauen"



Es gehört für alle Andersdenkende/-aussehende (auch in der linken Szene) zum Alltag dazu, mit faschistischer Gewalt in jeglicher Form (Pöbeleien/ Belästigung) konfrontiert zu werden, und kaum einen Raum für sich zu haben.
Die Auseinandersetzung mit faschistischer Gewalt/ Faschismus muß also wie ihr sagt zum 10.000 und ersten Mal geführt werden.
Angesichts der im Text von den Andersdenkenden/-aussehenden beschriebenen Reaktionen auf den Faschismusvorwurf gegen Klaus-Bärbel ist auch die Diskussion über den Faschismusbegriff dringend erforderlich. Gesellschaftliche Realität ist es, daß der geltende Begriff von Faschismus durch das Strafgesetzbuch definiert ist.
Das heißt, der Begriff Faschismus bedeutet in den Köpfen von 90% der Deutschen und auch in den Köpfen sehr vieler Andersdenkenden/-aussehenden: EinE DeutscheR nähert sich einem/r Andersdenkenden/-aussehenden in der erklärten Absicht diese mit physischer Gewalt ausmerzen zu wollen.
Dies stellt sich jedoch bei längerem Nachdenken und -fühlen als eine begrenzte Definition von Faschismus dar. Auch wir sind der Meinung, daß jedeR Andersdenkende/-aussehende letztendlich selbst definiert, was sie/er als Faschismus empfindet.
Um jedoch eine öffentliche Diskussion führen zu können, muß klargestellt werden, was alles von Andersdenkenden/-aussehenden als Faschismus empfunden wird. Wir vermissen in eurem Beitrag einen Hinweis darauf, wie weit ihr den Faschismusbegriff für euch fasst. Ihr schreibt in eurem Text, daß ihr es ablehnt von Faschismus 1. und 2. Klasse zu reden. Wäre aber die faschistische Gewalt, die Klaus-Bärbel ausgeübt hat, abgelaufen, wie sie oben beschrieben ist, dann wäre die Diskussion über eine Klassifizierung hinfällig.

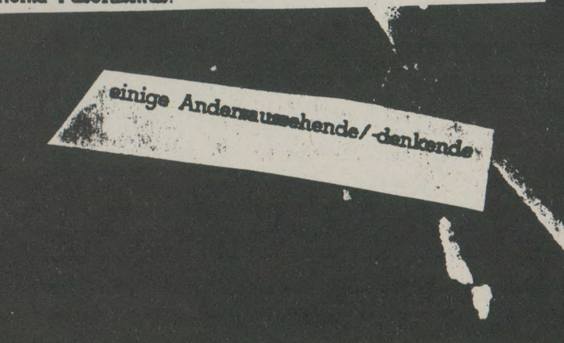
Kein Vergleich ...

Antwort auf den "Artikel" i.d. Interim 220:
Zum Artikel: "Weißte was, wir ham' auch Hass" in der Interim 218

Dieser "Artikel" ist so grotesk und zutiefst frauenfeindlich, daß wir uns dazu entschlossen haben, ein Experiment zu wagen, das dies verdeutlichen soll. Darum dieser Text.
Ansonsten sind wir nicht dazu bereit, uns inhaltlich auf sowas einzulassen.

einige wütende und entsetzte Frauen

Es ist nicht unser Anliegen, Öffentlichkeit über die Faschistenmentalität zu verhindern. Es stellt sich uns aber die Frage, ob mit Hilfe dieser Sanktionen (Plakate in Kneipen wieLocus, Turandot, Dada, u.ä. mehr) sich tatsächlich irgendetwas in den Hirnen der Deutschen ändert. Stellvertetend für alle faschistischen Deutschen habt ihr an Klaus-Bärbel ein Exempel statuiert. Ihr sprecht bei Klaus-Bärbel davon, daß sein/ihr Verhalten Struktur hat. Mal ehrlich: WelcheR Deutsche hat sich zwecks Szene-Profilierung noch nict das Anti-fa(schistische)-Mäntelchen umgehängt. ??
Wir lehnen eure Form der Öffentlichmachung in diesem Fall ab (v.a. die Plakataktion), weil:
-hier der Begriff des Faschismus ohne eine Erläuterung irreführend ist (zum einen bringen Andersdenkende/-aussehende nicht zwangsläufig ihr eigenes Erleben mit Faschismus in Verbindung bzw. sehen "in jeder Glatze eineN FaschistIn", zum anderen wird es Deutschen allzu leicht gemacht sich zu distanzierten, ohne ihr eigenes Verhalten gegenüber Andersdenkenden/-aussehenden zu hinterfragen).
-uns bei der nächsten ähnlichen Plakataktion erstmals Zweifel über die Aussage kommen.
Dies sind nicht nur Befürchtungen, sondern u.a. konkrete Reaktionen, die wir sowohl von Andersdenkenden/-aussehenden als auch von Deutschen erlebt haben.
Wir haben uns in unserem Text nur auf einige wenige Punkte des Artikels bezogen, die uns besonders aufgestoßen sind. Eine umfassende Stellungnahme ist uns aufgrund vieler offen gebliebener Fragen nicht möglich. Wir hoffen aber auf eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema Faschismus.



einige Andersaussehende/-denkende

DER KOPF IST RUND, DAMIT DIE GEDANKEN DIE RICHTUNG ÄNDERN KÖNNEN

Oder: Gedankenstrudel mit Vanillesauce

Die Antwort "Einiger Frauen" in der Interim 220 auf "Weißte was, wir ham auch Haß" endet mit der Hoffnung auf eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema Vergewaltigung. Diese Hoffnung teilen wir, aber wir sehen eine große Schwierigkeit: In unseren Zusammenhängen werden zunehmend Meinungen, die nicht "radikal" genug sind, durch Argumente wie "bürgerlich", "patriarchial", oder "ist schon 10000mal diskutiert, lest doch erst mal nach, ihr seid noch nicht so weit wie wir" plattgemacht. Hier also ein HINWEIS: Wir können selber auch schon denken, unser Kopf ist groß genug - wir sind weder klein, doof, noch zurückgeblieben.

Es ist sehr schade, daß wir glauben, das hier dazuschreiben zu müssen, aber es fehlt uns das Vertrauen in eine wirklich offene und fair geführte Auseinandersetzung.

In dem Artikel "Weißte was..." fordern die Frauen ein, daß die Reaktionen der linken Szene eindeutig und einschätzbar sein müssen, geben dann aber auch gleich vor, wie das echte antipatriarchale Verhalten aussehen muß. "Da wird von Vergewaltigung 1. und 2. Klasse geredet, der Täter zum Opfer gemacht,..."

Nein heißt nein. Wer sich darüber hinwegsetzt, vergewaltigt.

In der Diskussion haben wir festgestellt, daß wir alle Situationen kennen, in denen wir mit Männern geschlafen haben, ohne es eigentlich zu wollen. Die Übergänge zwischen "ich weiß nicht so recht, ob ich Lust habe", "ich habe eigentlich keine Lust, aber ich mache es trotzdem, weil...", " ich habe keine Lust und ich kriegs nicht rübergebracht" und "ich habe keine Lust, das sage ich auch, und dann ändert sich für mich die Situation" sind fließend. Wann welche dieser Situationen da ist oder war, können wir nur sagen, wenn wir diese Situation auch selbst erlebt haben, und auch dann ist es manchmal schon schwierig genug, durch den Dschungel von Gesagtem, Gemeintem, Verstandenem, Unterschwelligem, Signalisiertem und Subtilem zu finden. Wer will von außen bzw. allgemein definieren, wann sich jemand über ein nichtgesagtes "Nein" hinweggesetzt hat? Die Grauzonen bleiben. Wir glauben auch nicht, daß die Grenzen klar absteckbar sind.

Dennoch denken wir, daß es einen Unterschied gibt zwischen einer Vergewaltigung und dem Gefühl am nächsten Morgen, "rumgekriegt" worden zu sein bzw. etwas gemacht zu haben, wozu du keine Lust hattest, du dich jedenfalls Scheiße fühlst. Es macht einen Unterschied für uns. Darin, was das für unser Leben bedeutet, wie wir das bewältigen können, und für unsere Umgehensweise damit. Auch wir brauchen in Situationen, wo das Gefühl da ist, daß uns Gewalt angetan wurde, die Unterstützung anderer Frauen; das Vertrauen, über solche Gefühle reden zu können, Einfühlung, Diskussion, Hilfestellung, Solidarität. Eben um aus der Isolation auszubrechen, das Strukturelle in unseren Erfahrungen und Empfindungen zu erkennen und es mit angemessenen Mitteln bekämpfen zu können.

"Das subjektive Empfinden, ob der Typ sich über Willen und Bedürfnisse von ihnen hinwegsetzt, die Sicht der Frauen, ist und bleibt für uns der Ausgangspunkt zur Beurteilung." Es ist für uns völlig klar, daß wir nicht wissen können, was in dem konkreten Fall abgegangen ist. Vor allem weil's 'ne Zumutung für die Frau wäre, aber auch, weil wir uns, selbst wenn wir die "facts" wüßten, Schwierigkeiten hätten, Situationen einzuschätzen, wenn wir nicht drinstecken.

Die Kampagne gegen "Hari" ist für uns kein angemessenes Mittel, weil eure Plakate und Flugis mit einem Scharz-Weiß-Bild arbeiten, wo es um eine Grauzone geht. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Wir machen nicht den Täter zum Opfer. Der Täter tangiert uns nur äußerst peripher. Wir inqteressieren uns für uns selber. Und wir haben es satt, uns dauernd in der Opferrolle zu sehen. In diesen Grauzonen - Situationen spielen wir einen Part mit. Wir sind nicht völlig unbeteiligt, sind nicht nur Objekte, mit denen gemacht wird. Wir handeln oder lassen zu. Aber wir sind nur sehr selten EINDEUTIG Opfer.
Warum lassen wir uns rumkriegen, wenn wir keine Lust haben?
Warum sagen wir Nein und machen dann doch mit?

"Ein ausgesprochenes Nein abzuwarten, heißt, die Grenzen schon längst überschritten zu haben." Das stimmt zwar in vielen Situationen, aber wenn Ihr Vergewaltigung allgemein und abstrakt so definiert, daß sie schon vor dem Nein stattfindet, dann haben wir auch schon vergewaltigt. Und deswegen haben wir so große Schwierigkeiten mit dem Begriff Vergewaltigung in diesem Zusammenhang: Wir würden lieber sagen, jemand anderem Gewalt antun, seine/ihre Bedürfnisse entweder nicht spüren oder nicht darauf reagieren.

Wir können nicht mangelnde Sensibilität und/oder Ignoranz mit Vergewaltigung gleichsetzen. Hier geht uns "weißte was..." zu weit.

Um es noch einmal klarzustellen: Wir zweifeln nicht an, daß es im konkreten Fall, der zum Ausgangspunkt der Kampagne gegen "Hari" wurde, die Frau sich als Opfer einer Vergewaltigung empfindet. Wir wehren uns aber gegen die Wahl der Mittel, durch die antipatriarchaler Kampf ausschließlich das Täter - Opfer - Schema reproduziert.

Für uns ist es wichtig, unsere Rolle zu erkennen, nämlich, um sie verlassen zu können. An der ganzen patriarchalen Kacke kann sich nur was ändern, wenn auch wir Frauen unsere patriarchale Prägung erkennen und unser Rollenverhalten verändern. Wir können von Männern nicht etwas einfordern, was wir bei uns selbst nicht versuchen bzw. nicht hinkriegen.

Es fällt uns sehr schwer, diese Gedanken in gemischten Zeitungen zu formulieren, weil sie eigentlich in Frauendiskussionen gehören. Wir haben uns trotzdem dazu entschlossen, weil "Weißte was..." uns über gemischte Zeitungen erreicht hat und wir es so nicht stehen lassen konnten.

la, lucha & continua (LLC)

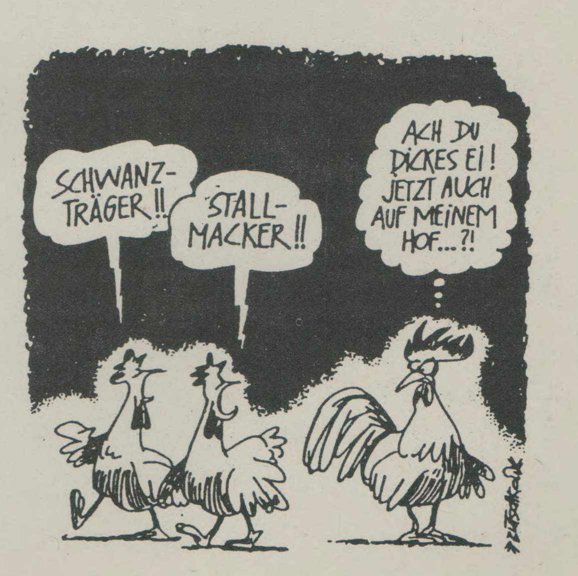
WUT - WUT - WUT

Wir beziehen uns im Folgenden auf die Reaktion von "einigen Frauen" (Interim 220) im Zusammenhang mit der öffentlichmachung von Vergewaltigungen in der Szene (Interim 218).

Sagt mal, habt ihr eigentlich nur Scheiße im Hirn?
Euer Text ist genauso widersprüchlich wie unglaublich. Ihr stellt floskelhaft Forderungen nach einer Auseinandersetzung auf, die ihr in den nächsten Sätzen aber in ihr Gegenteil verdreht und vollkommen entkräftet. Sie bleiben nichts weiter als hohle Phrasen. Nehmt ihr euch eigentlich selber ernst? Es widerstrebt uns, überhaupt inhaltlich auf euer Gesülze einzugehen, aber offensichtlich seid ihr leider nicht die einzigen, die beim Thema Sexismus lieber die Ohren und Augen schließen.
Ihr schreibt zwar, daß "jede Frau letztendlich selber definiert, was sie als Vergewaltigung empfindet", zweifelt es aber in diesem Fall mit haarsträubenden Verdrehungen an. Im grundegenommen verlangt ihr von den vergewaltigten Frauen, daß sie den Tathergang, ihre Gefühle und alles, was damit zusammenhängt, auf's neue für alle nachvollziehbar beschreiben (möglichst wohl noch mit vielen Details). Ihnen bleibt nach euren Vorstellungen die Beweislast, anderen steht es dann zu, zu beurteilen.
Wo liegt da der Unterschied zu klassischen Gerichtsverfahren? Der Gipfel ist dann noch, daß ihr droht, den nächsten Vergewaltigungsplakaten keinen Glauben zu schenken, weil ihr sie in Haris Fall für ungerechtfertigt haltet. Woher nehmt ihr euch das Recht, hier die Frauen in Zweifel zu ziehen und es im Grunde in Haris Fall abzulehnen, von einer Vergewaltigung zu sprechen?
Damit zieht ihr euch auf die Positionen von Männern zurück, deckt und stärkt ihnen den Rücken, macht die Täter zu Opfern im doppelten Sinne (der patriarchalen Verhältnisse und der angeblichen Willkür der Frauen).
Eure erstaunlich klare Erkenntnis, daß Sexismus zum Alltag von Frauen gehört, dient für euch als Mittel, den Männern die Eigenverantwortung für ihr Verhalten abzunehmen. Nach dem Motto: "Es sind ja alles Sexisten, da ist doch diese massive Reaktion auf Hari übertrieben."

In allgemeinen fordert ihr schon eine Auseinandersetzung über Vergewaltigung und Sexismus in der Szene - mit den daraus folgenden Konsequenzen - aber in diesem speziellen Fall lehnt ihr eine öffentlichmachung ab. Dadurch legt ihr zweierlei Maß an und jede einzelne Vergewaltigung wird relativierbar.
NEIN!!
Jede Frau hat das Recht, sich gegen Vergewaltigungen und sexistisches Verhalten zu wehren, sie zu benennen und öffentlich zu machen. Wir sind nicht bereit, den Vergewaltigern und Sexisten den Rücken zu decken, weil sie ansonsten "links" sind.
Vergewaltiger haben in der Szene nichts zu suchen!
Nur wenn wir gemeinsam offensiv gegen Sexismus vorgehen, können wir Unterdrückungsstrukturen durchbrechen.

einige andere Frauen



Der maschinenlesbare Tod

aus: Swing Nr.48

In der Erlanger Universitätsklinik gibt es einen "Fall", der Schlagzeilen macht.
Es ist ein "Test-Fall", nicht nur für die betroffene Frau und die beteiligte Expertenschaft, sondern für uns alle.
Im interdisziplinären Zusammenspiel von Medizinern, sog. Ethikern und den Medien - mit Bürgerbeteiligung - wird ein gesellschaftliches Experiment durchgeführt.
Die Fragen, die es zu klären gilt, sind:

- Ist die Auflösung jeglicher kultureller Grenzen für das medizinische Eingreifen in den Prozeß des Lebens und des Sterbens von Menschen möglich?

- Ist die vollständige Anbindung unserer Sichtweisen an die Definitionen und Abstraktionen moderner Wissenschaft bereits vollzogen?

- Können die so geschaffenen, sinnentleerten und entsinnlichten Räume, in denen nur noch die Gesetze des schrankenlosen, manipulativen Eingreifens herrschen, mit ebenso leeren Kategorien gefüllt werden, die uns dann als "Ethik" entgegentreten?

Der "Fall", der "in die Geschichte eingehen wird", ist folgender:
In der Universitätsklinik Nürnberg-Erlangen wird eine "hirntote", im 4.Monat schwangere Frau mittels technischer Apparaturen am Sterben gehindert, um - wie es heißt - dem "Anspruch des Kindes auf Leben" gerecht zu werden.

Die Fragen, die anläßlich dieses "Ereignisses" scheinbar per medialer Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden, sind von medizinischen Experten schon seit geraumer Zeit aufgeworfen, und durch ihre Praxis eindeutig beantwortet worden.
Der Menschenversuch, der augenblicklich in Erlangen stattfindet, ist lediglich eine Eskalation im Prozeß der medizinischen Durchdringung und Eroberung des Todes und des Frauenkörpers.

---

oder die wissenschaftliche Herstellung des "pränatalen" und "postmortalen Lebens"

Insbesondere mit der Entwicklung der Transplantationsmedizin Ende der 60er Jahre, begann die Karriere einer neuen Todesdefinition: des sog. Hirntodes.
Zuvor war ausschließlich der "Herz-Kreislauf-Standard", der an dem endgültigen Erlöschen aller Körperfunktionen orientiert war, bin-



dend für die Ärzteschaft.
Die neue, zusätzliche wissenschaftliche Vereinbarung zum Tode des Menschen besagt, daß ein Mensch auch "tot" ist, wenn der "vollständige und irreversible Zusammenbruch der integrativen Groß- und Stammhirnfunktionen bei noch aufrecht-erhaltener Kreislauffunktion im übrigen Körper" nachgewiesen ist (Weißbuch, Anfang und Ende des menschlichen Lebens, Hg. Vorstand der Bundesärztekammer, Köln 1988).
Mit dieser Definition wurde eine "menschliche Existenzform" kreiert, die es vorher nicht gab - den "lebendigen Toten".
Per Vereinbarung ist nicht mehr das Ende der gesamten Existenz eines Menschen von Bedeutung für den moralischen Umgang, sondern der meßbare Ausfall eines Teils seines Körpers - des Gehirns.

Weil das Gehirn zum essentiellen Ort des Lebens und des Todes erklärt wurde, kann - trotz aufrechterhaltener und stattfindender

lebendiger Prozesse im übrigen Körper - die körperliche Integrität mißachtet werden, können Teile des Körpers entnommen werden, kann der Prozeß des Sterbens zweckgerichtet unterbrochen werden.

In der Transplantationsmedizin wie auch bei den Äußerungen zum vorliegenden "Fall" wird behauptet, daß der "Hirntod" ein eindeutig bewertbarer und zweifelsfrei feststellbarer "Zustand" sei.
Dieser "Zustand" - der eigentlich ein Prozeß des Sterbens ist - ist sinnlich nicht wahrnehmbar, weshalb nur bewertbar und feststellbar ist, was maschinenlesbar ist (z.B. durch EEG und Angiographie).
Ob aber das, was meßbar ist, tatsächlich die wirkliche Situation darstellt und erfaßt, kann niemals geklärt sondern nur bezweifelt werden.
Dieser maschinenlesbare Tod soll den Tod des gesamten Körpers nach sich ziehen. Es ist also eine Art "potentieller Tod", der statistisch gesehen in den allermeisten Fällen nach einem Zeitraum von 12 Stunden bis 14 Tagen zum tatsächlichen Lebensende führt. Die Ausnahmen kommen im statistischen Mittel nicht vor.
Die konkrete Bedeutung und Dauer eines Sterbensprozesses ist weder maschinenlesbar noch statistisch erfaßbar, weshalb dies auch von der Wissenschaft in den Bereich der Bedeutungslosigkeit verwiesen wird.

Die Diskrepanz zwischen der medizinischen Definition und der Wirklichkeit schafft noch Verwirrung: In einem 'Leichnam' soll ein Kind heranwachsen, aber ein toter Körper läßt doch keine Entwicklung der Leibesfrucht mehr zu?
In Sprache und Vorstellungsvermögen ist die Diskrepanz noch spürbar, die durch die allgemeine Akzeptanz der Hirntod-Definition geschlossen werden soll.
Der "Hirntod" ist eine medizinische Abstraktion, die eine grauenhafte Wirklichkeit nach sich zieht: mit ihr ist ein Zeitraum geschaffen , in dem die Integrität und Würde des Menschen antastbar ist.

Der Fötus als Person

Mit den Ereignissen in Erlangen wird eine wissenschaftliche Vorstellung, die ebenfalls nicht neu ist, breit diskutiert:
die Frau als "fötale Umgebung" und der "Fötus" als ein von ihr getrenntes, "eigenständiges Subjekt".

Die pränatale Medizin und die Fortpflanzungsmedizin haben die schwangere Frau längst in eine "werdende Mutter" mit Pflichten und einen "eigenständigen Fötus" mit Rechten verwandelt, welche gewöhnlich von Medizin, Kirche und Staat definiert und vertreten werden.
Die Begriffsschöpfungen moderner Gynäkologen werfen ein grelles Licht auf ihre Weltsicht:
Der Perinatalmediziner Prof.Saling aus Berlin erklärt die schwangere Frau zum "intrauterinen Raum", der nach medizinischer Eroberung verlangt.
Fortpflanzungstechnologen wie Prof.Semm aus Kiel betrachten, im Hinblick auf ihre Tätigkeit in der "außerkörperlichen Lebensproduktion", die Frau als "preiswerten Inkubator".
Prof.Beller, vormals in Münster tätig, erklärte im Rahmen seines Vorhabens großhirnlose Kinder als Organspender zu benutzen in aller Öffentlichkeit, daß die Nabelschnur der Frau mit der intensiv-medizinischen Apparatur für Unfallverletzte vergleichbar sei.

Die Betrachtung der Frau als "Gefäß" korrespondiert mit der wissenschaftlichen Herstellung eines zweiten Objektes: dem sichtbar gemachten, beurteilbaren, therapierbaren Fötus. In der vorgeburtlichen Diagnostik ist die Rede von der Möglichkeit "das Schwangerschaftsprodukt" vorgeburtlich einer "objektiven Prüfung" unterziehen zu können. Das vielbeschworene "Lebensrecht" dieses "Produkts" hängt vom Ergebnis der "objektiven Prüfung" ab, davon, ob es als potentiell "leistungs- und glücksfähige Person" eingestuft wird. Ist dies nicht der Fall, so kann es anderen "Nützlichkeiten" dienen : als Organspender, als Rohstoff für die humangenetische, immunologische oder Krebs-Forschung.

Es ist allerdings nicht bei der Betrachtung der Frau als "Umfeld" des Objektes der wissenschaftlichen Begierde - des Föten - seitens der Gynäkologen geblieben.
Die Popularisierung medizinischer Forschungsinhalte und Begriffe, die schrankenlose Veröffentlichung des Körperinneren von Frauen - z.B. mittels Ultraschall - hat dazu beigetragen, daß viele Frauen den Fötus als getrennte Existenz wahrnehmen und betrachten.
Vor allen Dingen aber wurde damit ein Beitrag geleistet, das wissenschaftliche Objekt "Fötus" auf der gesellschaftlichen Ebene in ein "eigenständiges Subjekt" mit Rechtsansprüchen zu transformieren.

Auf dem 5. internationalen Symposium "Der Fötus als Patient", organisiert von der gleichnamigen Vereinigung zahlreicher Prä-Post- und Perinatal-Mediziner aus aller Welt, wurde anläßlich des 200. Jahrestages der französischen Revolution die "Rechte des Föten" ausgerufen.
Er soll nunmehr das "Recht" haben
- auf Schutz und Zugang zu den modernsten Techniken der antenatalen Bewertung
- auf Zugang zu chirurgischen- und Pharmako-Therapien und den neuesten Methoden der Datenverarbeitung
- auf eine intelligente Mutter-Kind-Beziehung.

Es ist unschwer zu erkennen, daß es hier ausschließlich um das Recht auf Qualitätskontrolle und Forschung geht.

Prof. Scheele aus Erlangen beruft sich bei der Durchführung seines Menschenexperiments darauf,
- daß die Frau das Kind gewollt habe, er nur ihre Interessen wahrnehme
- daß der "Fötus" ein "Recht aufs Geborenwerden" habe;
- daß die Forschung, umbenannt in einen "Behandlungsversuch mit unsicherem Ausgang", auch auf seiner Seite sei.

Die Debatte um den konstruierten Interessensgegensatz zwischen der Frau - ihrem "Recht" auf's Sterben, und dem Fötus - seinem "Recht auf Leben", harmonisiert sich so in der Person des Arztes - seinem "Recht" auf Forschung.

Die funktionale Sicht auf die Frauen wird in der Debatte um Erlangen auf besonders perfide Weise erweitert. Pränatale Psychologen (?) melden sich zu Wort und unterstreichen gemäß ihrer Profession die psychologische Bedeutung des "Mutter-Kind-Verhältnisses" in der Schwangerschaft. Dank pränataler Psychologie ist dem experimentierenden Arzt auch dies bekannt. Mit Musik, Handauflegen und Bewegungsübungen wird simuliert, was nicht mehr vorhanden ist.
Die Frau, begriffen als Funktionsträgerin mit biologischem und psychologischem Bedeutungsrahmen, wird ersetzbar.
Die Frau ist verschwunden, aufgelöst in biologische und psychologische Funktionseinheiten.
Ihre Leibesfrucht ist umgedeutet worden in ein von ihr unabhängiges Objekt, das von Wissenschaft, Staat und Kirche mit eigenen Rechtsansprüchen und Interessen belegt werden kann. Damit ist eine Situation geschaffen, die jeglichen medizinischen Versuch an Frauen, jegliche - staatlich und kirchlich vermittelte - Entmündigung von Frauen als Rechts- und Interessenvertretung der eigenen Kreation "Fötus" erscheinen läßt.

Mit dem "Erlanger Fall" ist nicht das Ende der Entwürdigung und Entmündigung von Frauen erreicht:

Der australische "Bioethiker" Paul Gerber schlug bereits vor, gehirntote Frauen als Leihmütter und Organspender zu verwenden. Dies sei "fortschrittlich und ethisch vertretbar" und schließe eine "Marktlücke" - die unbezahlte Leihmutterschaft (SZ 27.6.1988).

Im Frühjahr diesen Jahres wurde beim europäischen Patentamt ein Patent zur gentechnologischen Veränderung der Milchdrüsen in der weiblichen Brust beantragt, um so bestimmte pharmazeutische Wirkstoffe herzustellen, die mit der Muttermilch ausgeschieden werden (FR 11.4.1992).

Geschichte und Gegenwart medizinischen Eingreifens in den Körper von Frauen, ihr so erzeugtes Verschwinden im "fötalen Umfeld" hat schon unzählige Opfer und Entwürdigungen hervorgebracht:

- in der Forschung an künstlichen und herausoperierten Gebärmüttern zur 'Aufzucht von Embryonen'
- durch die massenhaften Gebärmütterentfernungen
- bei den Prozeduren der außerkörperlichen Befruchtung
- bei den Forschungen zur vorgeburtlichen Qualitätsbestimmung
- bei den Versuchen an Frühgeborenen
- in der internationalen Hormonforschung zur Fruchtbarmachung wie zur Unfruchtbarmachung .

Der aktuelle Menschenversuch in Erlangen steht in der Kontinuität dieses medizinischen Zugriffs.

Wir fordern die sofortige Beendigung dieses medizinischen Experiments

Erika Feyerabend(Genarchiv/ FINRRAGE)

Ulrike Schaz (FINRRAGE), Dr.Ute Winkler (FINRRAGE), Linda Wilkens (FINRRAGE Niederlande), Prof.Dr.Maria Mies (FINRRAGE,Soziologin, Fachhochschule Köln), Gisela Wuttke (Medizin-Soziologin,Autorin) Jutta Sapotinka (Umweltreferentin Grüne NRW), Dr.Eva Schindele (Soz.wiss., Autorin), Prof.Dr. Heidrun Kaupen-Haas (Inst. f. Medizinsoziologie Universitätskrankenhaus Eppendorf, Hamburg). Katja Leyrer (Autorin, Hamburg), Dr.Katrin Grüber (Technik-politische Sprecherin Grüne im Landtag NRW), Wilma Kobusch Dr. Edith Bauer (Frauenärztin), Ulrike Hauffe (Dipl.Psych.),Cara ev. Beratungsstelle zur vorgeburtlichen Diagnostik, Dr. Bernd Bublitz (Arzt), Brigitte Kette, Rita Kamprad, Monika Silberberg, Gitta vogel, Anne Wallheinke, Brigitte Schlieper (Hebammenpraxis), Dr.Stefan Kette (Kinder-u. Jugendpsychiater), Cornelia Baumgart (Ärztin),Dr.Barbara Duden (Historikerin), Beate Zimmermann (Ärtin), Bärbel Heidbreder (Ökologin),Brigitta Huhnke (Journalistin), Hans-Jürgen Jonas(Gesundheitsladen Köln), Geburtshaus für eine selbstbestimmte Geburt e.V.Berlin, Gen-ethischer Informationsdienst Berlin

interessierte MitunterzeichnerInnen mögen sich beim Genarchiv Essen, Friederikenstr.41, 43 Essen 1, Tel. 0201-78 42 48 melden

in der nacht zum "2. weihnachtsfeiertag" haben wir folgenden hamburger pelzgeschäften einen besuch abgestattet :

Kaiser Pelz- und Lederhaus GmbH 2 Hmb 76
Lübecker-110 a . . . .

Duen P.-H. 2 Hmb 76 WandsbekerChaussee 164 . . .

Pecamp Pelz- u. Campingwaren Verkaufsges. mbH 2 Hmb 76
WandsbekerChaussee 64 . . . .

Samrei K.-H. 2 Hmb 76 WandsbekerChaussee

Schlötcke W. 2 Hmb 13 Ise-1 . . . .

Internationale Pelze + Leder Moden Jutta Mohrmann
2050 Hmb 80 Sachsentor 69 . . . .

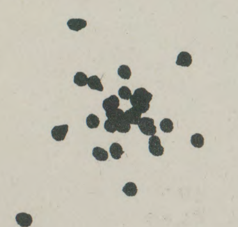
ausserdem bei !

Pöllinger Th. Jagd- Sportausrüstn.
20 Eppendorfer Weg 59

1 fleischerei

an den ladenfronten wurde mit roter farbe der blutige alltag hinter der schicken fassade deutlich und im strassenbild erkennbar gemacht .

gerade zum jährlichen höhepunkt des konsums wurden wieder unzählige pelztiere vergast , erschlagen oder durch elektroschocks dahingemetzelt .
100 tiere für einen mantel sind keine seltenheit .



pelzträger/innen können den massenmord nicht ungestört spazierentragen !!!

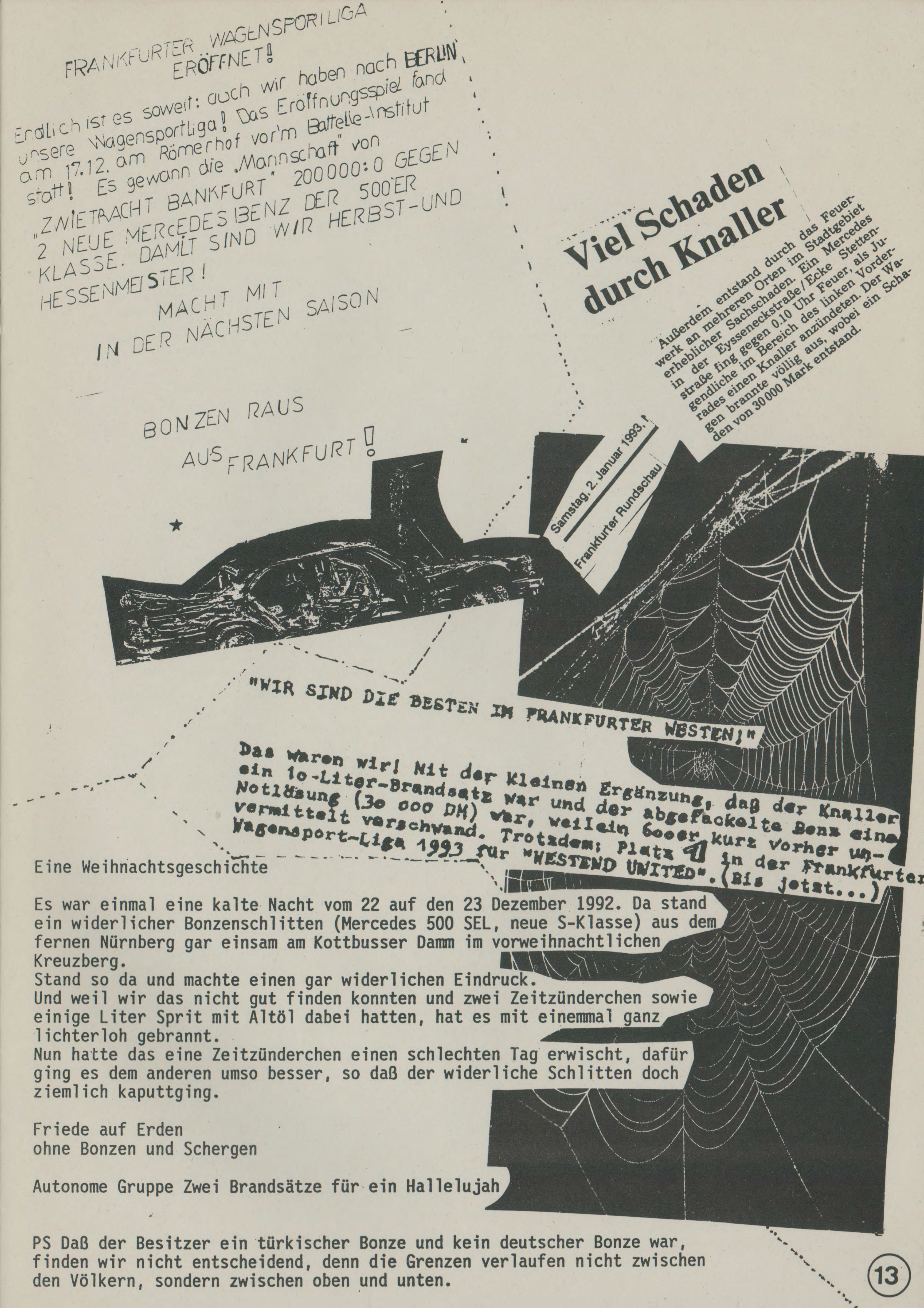
feuer und flamme den pelzläden !!!

der kampf um befreiung von menschen und tieren geht weiter !!!

autonome tierschützer/innen

"alle jahre wieder"





FRANKFURTER WAGENSPORTLIGA ERÖFFNET!

Endlich ist es soweit: auch wir haben nach BERLIN unsere Wagensportliga! Das Eröffnungsspiel fand am 17.12. am Römerhof vor'm Battelle-Institut statt! Es gewann die „Mannschaft" von „ZWIETRACHT BANKFURT" 200000:0 GEGEN 2 NEUE MERCEDES BENZ DER 500'ER KLASSE. DAMIT SIND WIR HERBST- UND HESSENMEISTER!

MACHT MIT IN DER NÄCHSTEN SAISON

BONZEN RAUS AUS FRANKFURT!

Viel Schaden durch Knaller

Außerdem entstand durch das Feuerwerk an mehreren Orten im Stadtgebiet erheblicher Sachschaden. Ein Mercedes in der Eysseneckstraße/Ecke Stettenstraße fing gegen 0.10 Uhr Feuer, als Jugendliche im Bereich des linken Vorderrades einen Knaller anzündeten. Der Wagen brannte völlig aus, wobei ein Schaden von 30 000 Mark entstand.

Samstag, 2. Januar 1993, Frankfurter Rundschau

"WIR SIND DIE BESTEN IM FRANKFURTER WESTEN!"

Das waren wir! Mit der kleinen Ergänzung, daß der Knaller ein 10-Liter-Brandsatz war und der abgefackelte Benz eine Notlösung (30 000 DM) war, weil ein 600er kurz vorher unvermittelt verschwand. Trotzdem: Platz 1 in der Frankfurter Wagensport-Liga 1993 für "WESTEND UNITED". (Bis jetzt...)

Eine Weihnachtsgeschichte

Es war einmal eine kalte Nacht vom 22 auf den 23 Dezember 1992. Da stand ein widerlicher Bonzenschlitten (Mercedes 500 SEL, neue S-Klasse) aus dem fernen Nürnberg gar einsam am Kottbusser Damm im vorweihnachtlichen Kreuzberg.
Stand so da und machte einen gar widerlichen Eindruck.
Und weil wir das nicht gut finden konnten und zwei Zeitzünderchen sowie einige Liter Sprit mit Altöl dabei hatten, hat es mit einemmal ganz lichterloh gebrannt.
Nun hatte das eine Zeitzünderchen einen schlechten Tag erwischt, dafür ging es dem anderen umso besser, so daß der widerliche Schlitten doch ziemlich kaputtging.

Friede auf Erden
ohne Bonzen und Schergen

Autonome Gruppe Zwei Brandsätze für ein Hallelujah

PS Daß der Besitzer ein türkischer Bonze und kein deutscher Bonze war, finden wir nicht entscheidend, denn die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

KAMPF DEM FASCHISMUS HEISST KAMPF DEM IMPERIALISTISCHEN SYSTEM!!!

Wir haben heute in der Nacht von Dienstag, den 28.12.92, auf Mittwoch die Kneipe "Bienroder Krug" entglast, verstunken und angefackelt. Menschenleben wurden durch diese Aktion nicht gefährdet!
Der Betreiber dieser Kneipe ist nachweislich Mitkoordinator von JN-Treffen, in der Kneipe haben schon mehrere Veranstaltungen der Faschisten, sowohl offene als auch geschlossene, stattgefunden. Zusätzlich ist der bekannte JN-Kader Willfried Eggerth aus Braunschweig dort des öfteren aufgetaucht.
In Braunschweig ist die JN (Junge Nationaldemokraten, Jugendorganisation der NPD) relativ stark verbreitet. Zunächst eine "offene Struktur",wandelt sie sich in der letzten Zeit mehr und mehr zu einer "Kaderorganisation" mit dem Schwerpunkt auf faschistische Praxis, zu der "aktivistische, höchst mobile, völlig entbürokratisierte... politisch Militante" (Zitat) erforderlich sind. Diese Umwandlung erleben wir in der Realität als ein Mehr an rassistischem Terror und Brandanschlägen gegen Flüchtlingsheime.
Die praktische Arbeit der JN besteht zusätzlich aus der Produktion der Schülerzeitung "Wacht auf", die in BS und Halberstadt verteilt wird. Im Impressum der Schrift taucht der Faschist Heiko Vogt auf. Dieser ist mehrfach vorbestraft, u.a. wegen eines Brandanschlags in der Braunschweiger Weststadt.
Die JN bemüht sich auch, ihren Einfluß auf sog. "Hooligans" zu vergrößern, was bisher glücklicherweise nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat.
In BS sind viele JN-ler auch Mitglieder der "Nationalistischen Front" (NF). Beide Organisationen propagieren den sog. "3. Weg" innerhalb der offen gewalttätigen Faschistenszene. Dieser "3. Weg" besteht aus der Abwendung vom Hitlerfaschismus sowie dem Versuch, faschistische Nebenströmungen der NSDAP und deren reaktionären Vordenkern wiederzubeleben. Das fängt z.B. in der BS JN-Zeitung "Wacht auf" mit Lobdudeleien auf den preußischen Schlächter Friedrich II an.
JN und NF bestehen zum Großteil aus geschulten "Kadern", so daß ihre Strukturen konspirativ organisiert sind - im Gegensatz zu Fascho-Organisationen, die auf Wähler bzw. Mitgliederfang aus sind. Das wirft ein ganz anderes Licht auf die jüngst erlassenen Verbote. Das Verbot der NF z.B. wird die Arbeit der Faschisten, welche ja sowieso nicht in der Legalität betrieben wird, kaum behindern, was den zuständigen Politikern auch bekannt sein dürfte. So wurde die NF sogar ein paar Tage vor In-Kraft-Treten des Verbots gewarnt, was ein reges Treiben an ihrem Hauptquartier zur Folge hatte.
Täglich wurde durch die örtliche BürgerInneninitiative gegen die NF beobachtet, daß Kleinbusse beladen und Materialien abtransportiert wurden. Die Polizei ist verständigt worden, hielt aber ein Eingreifen für unnötig. Sehr verwunderlich, daß bei der darauf folgenden Durchsuchung immer noch Waffen und Propagandamaterial gefunden wurden...
Verbote wie diese zeigen nur ein weiteres Mal, daß dieser Staat nicht willens ist, wirkungsvoll gegen die Faschisten vorzugehen.
In der jetzigen Situation sollen die Verbote faschistischer Organisationen vom rassistischen Terror empörte Mitmenschen beruhigen, damit diese ihr Gewissen beruhigen können, es passiere ja etwas gegen den "Rechtsruck".
Verbote faschistischer Strukturen und die Bilder endlos langer Lichterketten in div. Städten sind lediglich dazu geeignet, die HERRschenden anderer imperialistischer Staaten zu besänftigen, denen der deutsche Faschismus immer noch als besonderes Übel im Kopf erhalten ist. Außerdem sollen angedrohte Investitionsstops z.B. seitens des japanischen Kapitals noch einmal abgewendet werden.
Während in den Parlamenten die großen Parteien die Grundgesetzänderung planen, eröffnen faschistische Gruppen eine neue Etappe ihres menschenverachtenden Terrors, wie die Pogrome (als Beispiel Quedlinburg, Mannheim) sowie die Morde in Mölln und an Silvio zeigen.
Nachdem in der Asyldiskussion die Positionen der SPD aufgeweicht sind und als Ziel ihres Parteivorsitzenden Engholm ausgemacht werden muß, sich mit "hardliner"-Statements als zukünftige HERRschaftsreserve zu profilieren, wirbt die Partei jetzt damit, die Elendsverwaltung in Ostdeutschland professioneller organisieren zu können. Nur bei der Frage nach eventuellen "out of area" Einsätzen (außerhalb des NATO-Gebietes) der Bundeswehr gibt sich die SPD noch verfassungskonform, um nicht noch mehr Teile ihrer Basis am linken Rand abzuschrecken.

Die CDU/CSU sieht ihre Chance zum Machterhalt im Nachplappern rassistischer und z.T. faschistischer Positionen und in der "offensive Außenpolitik" genannten Kriegstreiberei, die mit einem Militäreinsatz in Somalia beginnen und gegen Serbien weitergeführt werden konnte - in der Hoffnung, ihre nach rechts entfleuchten Wähler und Wählerinnen wieder integrieren zu können.
Die Asyldebatte, wie sie seit Monaten von den Parteien geführt wird, das Bezeichnen von "nichtdeutschen" Menschen als "Schwemme", "Strom" o.ä. durch die Presse ist rassistische Praxis. Presse und Politiker liefern damit die ideologische Grundlage für den offen rassistischen Terror.
Dieser Terror enthält immer stärker auch offen sexistische Elemente, welche sich in Vergewaltigungen ausdrücken. So kam es in Thale (Oktober) und in Magdeburg (4.12.92) bei Übergriffen zu Vergewaltigungen. Die betroffene Frau aus Magdeburg befindet sich noch immer im Koma. Sie hatte den "falschen" Freund... In Thale versuchten Rechtsradikale, bei einem Überfall auf ein von VietnamesInnen bewohntes Haus, zwei Frauen zu vergewaltigen. Vergewaltigungen sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs: So wird das gesellschaftliche Klima durch das Erstarken faschistischer Ideologien spürbar frauenverachtender.
Weiße deutsche Männer bestimmen, vor wem "ihre" Frau zu schützen ist.
Bis weit in die antifaschistische Bewegung hinein werden Militarismus und "Heldentum" wieder hochgehalten, zählt wieder "Mann gegen Mann".
Da wird Frauen der Ratschlag erteilt, nicht auf die Straße zu gehen oder sich doch wenigstens einen Beschützer mitzunehmen, "weil doch Krieg herrscht".
In den Heiratsanzeigen werden wieder mehr "saubere, ordentliche deutsche Mädels" gesucht, die dann bitte auch noch "Freude an Hausarbeit und Kinderkriegen" haben sollen.

Mit unserer Aktion wollen wir versuchen, diesem Terror offensiv etwas entgegenzusetzen, um die allgemeine (Rechts-)Entwicklung nicht nur mit einer Kerze in der Hand zu bejammern. Unsere Militanz, darauf ausgerichtet, führende Faschisten und ihre Treffpunkte anzugreifen und ihnen die Möglichkeiten zu nehmen, neue Leute zu werben, ist immer auch ein Element unseres Kampfes, um unsere Utopien umsetzen zu können. Gerade weil es sinnlos ist, sich in puncto Antifaschismus auf den Staat und seine Ordnungskräfte zu verlassen, müssen wir die antifaschistische Selbsthilfe auf allen Ebenen organisieren, um den Faschisten nicht nur auf der Straße etwas entgegenstellen zu können, sondern auch, um positive Perspektiven aufzeigen zu können.

Sucht Ihr nur, wir werden unsa Süppchen kochen -
auf daß Ihr Euch das Maul verbrennt !!!

Organisieren wir den antifaschistischen Widerstand -
FÜR EINE REVOLUTIONÄRE GEGENMACHT !!!

Autonome Zelle "Helmut Leja"

(Obdachloser aus Gifhorn, 1992 von Faschisten ermordet)

GRÜSSE AN ALLE KÄMPFENDEN GENOSSEN UND GENOSSINNEN !!

Denkmalsport

Nachdem unsere Graffitis schon 2x relativ rasch entfernt worden sind, greifen wir jetzt auch zum Mittel der Zensur:
Wir haben am Kriegerdenkmal Baerwald/Urbanstr. die Sprüche "1914-1918 Unseren gefallenen und vermißten Kameraden beider Weltkriege zum ehrenden Gedenken - Kaiser-Franz Garde Reg.Nr.2 und Infantrie Reg.29 als Traditionsregiment 1939-1945"(Vorderseite) und "Seinen gefallenen Kameraden des Kaiser-Franz Grenadier-Regiment Nr.2"(Rückseite) zugemörtelt
Außerdem haben wir das Denkmal mit einem schwarzen Bettlaken verhüllt und den Sockel mit Parolen besprüht:"Wir trauern um die Opfer des Faschismus-damals und heute! - Wandelt Wut und Trauer in Widerstand!"
Desweiteren haben wir noch die Schleifen der Regimenter,vom dort am Volkstrauertag/Heldengedenktag niedergelegten Kranz,entfernt.

AG Denkmalschmutz

Deutsche ~~Waffen~~ Soldaten, deutsches Geld, morden mit in aller Welt!

100 000 Männer verweigern Kriegsdienst

Der deutsche Mob auch in Somalia

Beschlossen wurde, daß Deutschland demnächst 1500 Soldaten (Pioniere, Fernmeldetechniker und ein sog. „Selbstschutzkontingent" nach Somalia entsenden wird.

Die hier viel diskutierten „Blauhelme" sind schon wieder Schnee von Gestern. Es geht um reguläre Kampftruppen, d.h. um eine uneingeschränkte Kriegsführung. Es geht um die Mitwirkung der BRD bei der militärischen Intervention in Somalia. Dies können wir nicht hinnehmen.

Deshalb: Der Tag der Landung deutscher Truppen in Somalia ist

Bonn. AP
Insgesamt 98 652 Männer in der Bundesrepublik haben bis zum 30. September Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gestellt. Wie aus einer gestern veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS im Bundestag hervorgeht, hatten bis zum Stichtag außerdem 1 309 Wehrpflichtige sowie 213 Reservisten ihren Dienst nicht angetreten. Darüber hinaus seien in den ersten neun Monaten 1992 insgesamt 5 585 Fälle von eigenmächtiger Abwesenheit gemeldet worden, heißt es in der Antwort weiter. Am Stichtag verbüßten nach richterlicher Zustimmung 35 Soldaten Disziplinararrest bei der Bundeswehr, weil sie den Dienst verweigerten.

Tag X

18 Uhr Breitscheidplatz zur Spontandemo!

Warum dieser Termin?

- Trotz der Minenräumer im Mittelmeer im Rahmen des Zweiten Golfkrieges, deutscher Soldaten in Kurdistan während des Zweiten Golfkrieges, Sanitäter in Kambodscha, BGS zur Wahlüberwachung in Namibia, Bundesmarine zur Embargoüberwachung in der Adria gegen Serbien und schon seit einiger Zeit 50 Bundeswehrsoldaten in Somalia im Rahmen der „Hilfsgüterverteilung" ist der direkte Einsatz von Kampftruppen mit Schießerlaubnis eine neue Qualität imperialistischer BRD-Politik. Die Regierung schafft Fakten, Schritt für Schritt, jede Aktion geht etwas weiter in Richtung offene Kriegsführung. In diesem Sinne ist Tag X von uns eher willkürlich bestimmt im Rahmen des schleichenden „Normalisierungs"prozesses, in dem die BRD zu einem uneingeschränkt militärisch agierendem Staat gemacht wird.
- Außerdem haben wir den Beginn der Intervention durch die USA schlicht verpennt. Genau wie im Zweiten Golfkrieg soll hier ein UNO-Sicherheitsratsbeschlu· die imperialistische Politik (nicht nur) der USA und bald auch die der BRD „legitimieren".

Der Hunger der Somalis ist für die Herrschenden nur humanistischer, in den Medien gut präsentierbarer Vorwand. Gerade die Bundesregierung war in Bezug auf Somalia noch vor kurzer Zeit erheblich zugeknöpfter. Erst die Möglichkeit militärischer Intervention machte der Bundesregierung „Hilfsaktionen" für Somalia schmackhaft. Noch im März 1991 lehnte der damalige Kriegsminister Stoltenberg Hungerhilfsflüge für Somalia und Djibouti wegen angeblich fehlenden Geldes ab. Für den Zweiten Golfkrieg hatte die Bundesregierung jedoch 18 Mrd. D-Mark lockergemacht.

Der Hunger im Trikont ist nicht von Naturkatastrophen verursacht, sondern die Folge imperialistischer Ausbeutung. Angesichts dessen ist es besonders perfide, daß die für ihn Verantworlichen diesen Hunger als Vorwand für offenen Krieg gegen die Hungernden nehmen.

Eine AntiMil-Gruppe

> „Tun wir einfach mal so, daß das entscheidende Gremium, der Weltsicherheitsrat, die 'Völkergemeinschaft' repräsentiert und eben nicht ein illegitimer, sich selbst ernannter Haufen aus Ex-Kolonialmächten (England, Frankreich) und den drei Hegemonial- und Weltmächten USA, China, UdSSR ist, gegen deren Vetorecht nichts läuft, selbst wenn sich die ganze Welt auf den Kopf stellt, d.h. in diesem Fall ca. 150 UN-Staaten."
>
> Lupus-Gruppe FfM

LUPUS - DER SIEGESZUG DES REFORMISMUS IN DER AUTONOMEN DEBATTE

die debatte der lupusgruppe scheint neben der diskussion des "3zu1"-papiers die aktuell bedeutendste theoriearbeit im politischen spektrum der autonomen darzustellen, so daß diese debatte schon rückschlüße auf die politische verfaßtheit dieser autonomen auf theoretischen gebiet erlaubt. das gilt auch, wenn mensch die zersplittertheit des autonomen spektrums berücksichtigt. es ist doch offensichtlich, daß quer durch die verschiedenen szenen die lupus-diskussion geführt wird.

das grundlegend diskussionspapier der lupusgruppe "doitschstunde", auf das sich die folgende kritik im wesentlichen stützt und dessen thesen auch im buch "geschichte, rassismus und das boot" aufgearbeitet werden, spricht eine vielzahl von details an, sicherlich auch viele zutreffende bemerkungen.
wenn hier jene herausgegriffen werden, die nach unserer meinung eine hinwendung zum reformismus anzeigen, dann deshalb, weil sie für ~~die~~ die debatte entscheidend sind.

zur frage der kontinuität oder des bruchs zwischen dem 3. und dem 4 reich

auch die lupusgruppe verneint in ihrer zentralen aussage eine kontinuität in der politik der brd. damit ist sie in merkwürdiger gesellschaft.
prominente grüne aller flügel wurden nicht müde die zivilisiertheit der brd zu betonen, die durch die 68erbewegung erreicht worden sei. marxistische diskussionsrunden wie die "krisis-gruppe" in nürnberg mit ihrem chefideologen robert kurz argumentieren ebenso. nun liefert die lupusgruppe die autonome variante dieser argumentation. die anhängerInnen der kontinuitätsthese würden "**gesellschaftliche widersprüche, gegenläufigkeiten, veränderungen vernachlässigen bzw. ausblenden**". und noch deutlicher " **40 jahre brd-geschichte und -kämpfe würden zum schweigen gebracht**". antje vollmers these von der zivilisierung der brd-gesellschaft durch die 68er kämpfe läßt sich hier gut einbauen.
die von der lupusgruppe angeführten beispiele für die brüche sind u.a.: die rolle der frau hat sich durch die durchkapitalisierung der gesellschaft verändert, so daß die ideologie "frauen zurück an den herd" nur noch teilweise gültigkeit hat. (ist der lupusgruppe entgangen, daß gerade im faschismus spätestens seit 1937 die frau als arbeitskraft propagiert wurde, weil bald arbeitskräfte fehlten und sich diese propaganda mit dem faschistischen frauenbild der hausfrau und mutter vertrug)?
das konzept der "Multi-kultur" (als gäbe es nicht immer unterschiedliche konzepte der einzelnen monopolgruppen, auch im faschismus). desweiteren wird der hedonismus von ex-linken angeführt, von der lupusgruppe noch spezifiziert dadurch, daß sie diesen hedonismus u.a. ex-k-grüpplerInnen zuschreibt. was dieses argument mit der kontinuitätsdebatte zutun hat, muß ein rätsel bleiben. genauso wie es völlig gleichgültig war, daß es in der weimarer republik eine kulturboheme gab, was die kontinuitäten der weimarer republik mit dem wilheminischen monarchismus anbelangt, genauso unbedeutend ist irgendein lebensgefühl einer kleinbürgerlichen gruppe. das mag interessant sein bei der diskussion über die soziale klassenlage dieser gruppe. für die kontinuitätsdebatte liefert dieses detail nichts. daraus irgendwelche veränderungen des kapitalistischen systems ableiten zu wollen, zeigt die theoretische hilflosigkeit der lupusgruppe, die darin konform geht nicht nur mit vielen autonomen.
wenn von kontinuitäten die rede ist, muß doch vorallem die rolle der kapitalisten damals und heute betrachtet werden. thyssen ist im

mer noch thyssen, krupp immer noch krupp und die dresdner bank ist seit zwei jahren sogar wieder in dresden.
davon ist im ganzen papier der lupusgruppe mit keinem wort die rede. für sie existieren scheinbar keine klassen; wie sonst könnte gerade in der frage der kontinuität auf jegliche klassenanalyse verzichtet werden.
dann würden sich die menschen von der lupusgruppe doch die frage stellen, auf was kommt es bei der debatte um die kontinuitäten an: ist ein lebensgefühl einer unbedeutenden gruppe kleinbürgerlicher möchegern-bourgeois von belang oder die kapitalstrategie führender monopogruppen.
wenn mensch diese betrachtet, braucht mensch nach den kontinuitäten nicht lange zu suchen. sie sind so frappierend.
das interesse der deutschen bourgeoisie als einer im imperialistische wettkampf zu spät eingestiegener, wegen der verspäteten nationalstaatsbildung, ist von ende des letzten jahrhunderts die verschiedenen bürgerlichen formationen hindurch erstaunlich stabil geblieben; auch im faschismus. mensch braucht sich nur die denkschriften führend der kapitalgruppen während des 1. weltkriegs anzugucken und sieht die faschistischen kriegsziele des 2. weltkriegs. es gibt heute detaillierte arbeiten darüber, wie die ns-monopole in enger allianz mit dem us-kapital seit 1943 ihre kapitalistische herrschaft nach der niederlage des hitlerfaschismus zu erhalten versuchten und neue ausgangs bedingungen für den zweiten anlauf zur neuordnung europas schufen. gerade in den letzten drei jahren hat das brd-kapital dabei rasante fortschritte gemacht. die unblutige annexion der ddr durch das brdkapital hat durchaus ihre vorläufer. 1938 fand die ebenso unblutige annexion östereichs statt, mit dem gleichen phrasen, daß zusammenwächst, was 750 jahre zusammengehört hat. das münchner abkommen von 1938 war eine weitere unblutige annexion von teilen der tschechoslowakei, die dann in zwei staaten aufgeteilt und annektiert wurde. wie wenig sich das europakonzept der verschiedenen kapitalgruppen heutzutage verändert hat, zeigt die führende rolle, die das brd-kapital bei der zerschlagung des aus dem antifaschistischen befreiungskampfes entstandenen staats jugoslawien spielte, ebenso bei der gerade ablaufenden zerschlagung der tschechoslowakei. gerade zur zeit ist das brd-kapital dabei den europäischen wirtschaftsraum zu schaffen, für den zwei kriege vom zaum gebrochen worden sind.
die lupusgruppe scheint davon nichts bemerkt zu haben, stochert hilflos im nebel rum und meint an irgendwelchen mentalitätsverschiebungen den bruch mit der kontinuität auszumachen.
woaraus resultiert die unfähigkeit ökonomische zusammenhänge mit der notwendigen klarheit zu analysieren? das sind keine individuellen fehlleistungen. im wesentlichen resultiert die unfähigkeit die gegenwärtige situation adäquat auf den punkt zu bringen am verzicht auf jegliche marxistische methode zur analyse der situation. die einen kennen keine klassen mehr nur noch bequerells (die grünen, ökos etc.); die anderen wollen die veränderungen des kapitalistischen systems beschreiben, ohne nur ein wort über kapitalstrategien zu verwenden.
sicherlich sind in anderen zusammenhängen die von lupus formulierten mentalitätsunterschiede interessant. hier ist nur wichtig, sie sind zu vernachlässigen, wenn es um die kapitalstrategien geht und haben keinerlei einfluß auf die politik der imperialistischen brd. es gab auch in der weimarer republik verschiedene szenen mit ihren unterschiedlichen mentalitäten. bei der machtübergabe an die faschistische spielten sie keine rolle, sie wurden entweder zerschlagen oder gleichgeschaltet; auch die gewerkschaften, durch die bis 1930 auch hindurchregiert wurde, die in der folgezeit kaltgestellt und am 2.5.33 zerschlagen wurden.
ein wenig scheint auch lupus dem kinderglauben anzuhängen, daß eine gesellschaft in der bankbeamte ohrringe tragen und löcher in den jean

gesellschaftsfähig geworden sind, ihren imperialistischen charakter geändert haben muß.

...faszination und ausstrahlungskraft widerständischen lebens

der nächste punkt wird selten im diskussionspapier offen ausgesprochen, schwingt aber immer mit. abgelehnt wird der kampf unterschiedlicher ideologien, für die jeweils anhängerInnen gewonnen werden müßten. vielmehr soll die "faszination und ausstrahlungskraft widerständischen lebens" in den vordergrund autonomer politik rücken. das ist eine bankrotterklärung autonomer theorieansätze. nach dem motto, weil wir keine einheitliche ideologie haben, machen wir aus der not eine tugend, verwerfen sogar den kampf einer einheitlichen ideologie und wandeln in den fußstapfen der lebensreformerInnen oder der alternativbewegung der 70er/80er jahre. auch die hatten zu ihren zeiten jeweils die vorstellung durch ihr beispiel eines anderen lebens andere menschen anzusprechen und dadurch zu einer macht zu werden, die das bestehende zum kippen bringt. solche versuche änderten bisher entweder mit dem scheitern dieser projekte oder mit der integration ins bestehende und zwar notwendigerweise. denn, es gibt kein wahres leben im falschen um mit adorno zu reden. die vorstellung von befreiten inseln im kapitalismus gehören zu den zählebigen, immer wieder aufbereiteten legenden, mit denen sich aktivistInnen selber lahmlegen (nicht nur im kapitalismus, wie die beschreibung von victor serge über das scheitern einer landkommune in der frühen sowjetunion zeigt).
natürlich ist es ein schwieriger weg, sich die mühe zu machen, die bestehende gesellschaft zu analysieren und sich noch die notwendige ideologie für ihre veränderung anzueignen, das nennt mensch bewußtwerdung. das gerade die lupusgruppe diesen prozeß denunziert und wieder die uraltkamellen aus der babyphase der autonomen für neu verkauft, ist schon skurill.

die these vom staatlich regulierten antifaschismus

nach lupus war der brd-staat schon in maßen antifaschistisch, spätestens seit 1968 (siehe antje vollmers thesen). völlig ausgeblendet wird, daß 1945 für den brd-staat nie die befreiung vom hitlerfaschismus war, sondern die niederlage der deutschen armee. antifaschismus war immer verpönt. allerhöchstens ein antitotalitarismus, der am rande auch mal bestimmte elemente der ns-herrschaft verurteilte, war staatsdoktrin.
allerdings war in breiteren teilen der bevölkerung ein größeres antifaschistisches bewußtsein entstanden; vorallem in folge der ~~größeren~~ antifaschistsichen kämpfe gegen ndp- und wikingjugendaufmärsche, gegen profilierte faschisten in hohen funktionen, durch prozeße gegen ss-mörder etc. rock gegen rechts, antifademos .... etc. wurden alltäglich.
der staat indes versuchte nie, diesen antifaschismus zu integrieren, wie die lupusthesen glauben machen. mit verschiedenen mitteln versuchte der brd-staat den antifaschismus zurückzudrängen, sei es durch demonstrationsverbote (17.6.79 in ffm), durch berufsverbote gegen antifaschistInnen, auftrittsverbote von antifaschistischen widerstandskämpferInnen in den schulen etc. seit ca. 10 jahren wird von regierungsoffizieller seite ein ideologischer kampf gegen den antifaschismus geführt hier sind sich faz-kommentatoren, regierungssprecher und stiefelnazis einig. letztere haben eine "anti-antifa" gegründet, die terror gegen antifaschistInnen ausübt, was nicht nur in der ex-ddr schon realität ist.
das waren einige fragmente, die uns besonders aufgefallen sind.

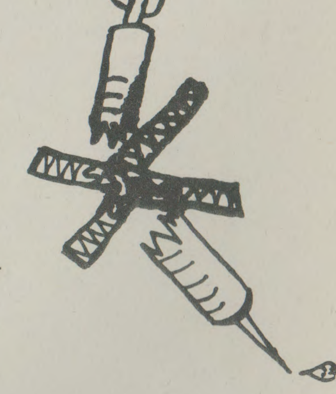
Gedanken zur Weiterarbeit der Ostberliner Vorbereitungsgruppe zu Rassismus und das Boot/bekannt unter l.u.p.u.s.- Veranstaltung

Nach der Veranstaltung am 10.12. im S.O.S./Ostberlin, wurden wir häufig nach Veröffentlichung unserer Beiträge und Weiterführung der Diskussion über die verschiedenen Ursachen und Entwicklungen von Rassismen in Ost- und Westdeutschland angesprochen.
Gewundert und gefreut haben wir uns, gerade über das Interesse an der Geschichte von Rassismus und Antisemitismus in der ehemaligen DDR. Wir waren überrascht, daß wir nicht als KetzerInnen zumindest ignoriert worden sind, da Diskussionserlebnisse mit Westlinken seit 1989 anderes befürchten ließendd. Das soll nicht heißen, daß wir nicht an einer kontroversen Auseinandersetzung interessiert wären. Gerade wenn es um Ursachen von Rassismen in der Bevölkerung oder Antisemitismus bis in sich links nennende Kreise geht, kommen weiterhin die bekannten Blasen oder wir verstummen in Ahnung um die Komplexität.
Die Beiträge, die zum 10.12. auszugsweise gehalten wurden, waren halbfertiges Rohmaterial, an dem wir zur Zeit weiterarbeiten. An eine Veröffentlichung von überarbeiteten Beiträgen ist Ende Januar gedacht.
Wie wir als Gruppe eine nächste Veranstaltung durchführen ist noch offen. Die Ideen reichen von mehreren Einzelveranstaltungen, jeweils zu einem Themenschwerpunkt über Vorstellungen zur Durchführung eines Seminars bis zu dem Gedanken an Veranstaltungen außerhalb von Berlin.
Wir melden uns.

Vorbereitungsgruppe/Ostberlin

---

zu:wissen,wo der feind steht.. interim 22o



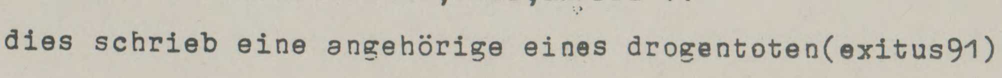
ein sinnvoller umgang mit heroin bedeutet für mich, die finger davon zu lassen.die menschen,die ihr leben von substanzen wie heroin etc. abhängig machen,wissen vorher,worauf sie sich einlassen.ihnen möglichkeiten anzubieten,von ihrer sucht loszukommen,setzt vorraus, daß der/die süchtige dazu bereit ist.

süchte aufzugeben bzw.damit umgehen lernen,bedeutet immer auch,das bisherige leben in frage zu stellen und sich neu mit seiner umwelt auseinander zu setzen. wenn menschen dafür hilfe wollen,sollten wir sie ihnen geben.genauso sollten von junkies initiierte gruppen für eine humanere drogenpolitik(methadon,entkriminalisierung)unterstützt werden.

es kann aber auf keinen fall die aufgabe eines zentrums, wie das EX eines ist,sein,die verfehlte drogenpolitik der "regierung" aufzufangen.wenn sich das EX dafür hergeben und z.b. einen(illegalen)druckraum schaffen würde, zöge dies starke repressalien nach sich.an der allgemeinen verelendung der junkies würde das allerdings wenig ändern.

junkies brauchen wohnungen und die möglichkeit,sich mit ihrer sucht(kommt ja wohl von suche,nach sinn vielleicht) ohne den ständigen beschaffungsdruck auseinander setzen zu können.zum abschluss möchte ich noch mal darauf hinweisen, daß die verzweiflung und hoffnungslosigkeit,die zur sucht führt,natürlich ein produkt dieser inhumanen und kranken gesellschaft ist.

"SHED NO TEARS FOR THE SUICIDE.
HE HAS MADE HIS CHOICE.
THE PAIN OF LIFE IS GREAT, AND SOME
WILL FIND IT GREAT TO ROT BENEATH
THE EARTH, AS WE ROT, AND LIVE,
AND BREATH." (FLIPPER)



VERMISCHTES ZUR JUNK- UND EX-DISKUSION

Zu den letzten Papieren in der INTERIM: Ich finde die Aktion der Lesben, die die Schwarzlichtlampen im EX gezockt haben politisch fatal. Rückgabe bzw. Entschädigung wäre dringend in Zusammenhang mit einer Selbstkritik notwendig. Zur Begründung:

1) Es lief eine ernstzunehmende Diskussion um Szene-gemeinsames Umgehen mit der Junkproblematik erst an. Eure Aktion bringt diese Diskussion nicht voran, im Gegenteil, als ob ihr die Weisheit mit Löffeln gefressen hättet nehmt ihr das Ergebnis, das ihr im Kopf habt (kein Schwarzlicht; sonst nix produktives...) voraus. Das ist kontraproduktiv und autoritär.
2) Selbst wenn "nach" einer längeren Diskussion in der Szene, bei der "Schwarzlicht ist mist" ein Ergebnis wäre, das EX eine andere Praxis fortführen würde, und das auch halbwegs plausibel begründen könnte, hielte ich so eine Aktion für unangemessen. Zwei unterschiedliche Positionen innerhalb der Szene müssen auch mal gegeneinanderstehen können, ohne daß die einen die ihrige militant durchsetzten. Diese Autonome Erbarmungslosigkeit bei Diskussionen unter uns ist sowieso zum Kotzen und muß aufhören!
3) das EX wird vom EX-Kollektiv geführt - nicht von euch oder den BriefeschreiberInnen aus der INTERIM 221. Unbesehen der politischen Standpunkte muß ein pragmatischer Umgang gefunden werden. Der kann nicht so aussehen, daß die EXen die Junks einfach dulden und ab und an mal ne Leiche rausschleppen. Wenn im EX drücken legitim sein soll, dann muß sich auch um die Junks gekümmert werden; sozial, hygienisch, medizinisch ... Wenn die EXen sagen, sie könnten das nicht leisten, selbst wenn sie wollten, dann ist das legitim. Praktische Konsequenz wäre für die, die anderer Meinung sind, daß sie z.B. ihre Arbeitskraft für Junkbetreuung im EX anbieten. Oder für einen Konsens werben, daß für jedes Bier im EX noch 1.-DM Drogenarbeitsspende gezahlt wird und sich keinE AutonomeR dann über zuwenig Sozi oder Bafög für sooo teures Bier beschwert. Und nicht, das EX für Sachen anzupissen, die wir auch nicht hinkriegen würden, wären wir mal praktisch damit konfrontiert.
4) Legitim wären solche Sachen bei Kommerzkneipen, die dicke Kohle machen oder bei allen staatlichen Institutionen. Wo Kohle auf fette Konten wandert oder vom Staat kommt, da kann legitimerweise immer gefordert werden, ohne selbst was zu machen; der materielle Hintergrund, der das ermöglichen könnte, ist ja da. Bei einem Kollektiv, das nicht grade Spitzenlöhne für sich rausholt und außerdem noch einen Teil der Szene mitbewirtschaftet (Mehringhof, Lautiwagen ...) sieht das anders aus.

ALSO: Lampen zurück, laßt uns (weiter) diskutieren, wie es weitergehen könnte !!!

WICHTIG!!!!
welche nach der sylvesterparty des kreuzberger oppositionsbündnisses im sfe einen grauen militärrücksack mit "che"-stikker gefunden bzw. irrtümlich mitgenommen haben, geben diesen im [redacted] kopierladen "m99" in der manteuffelstr. 99 ab.

Manchmal packt mich auch eine "große kalte Wut" !
betr.: Vorwort in der "Interim" 221 "Wir wollen alles" (S.3-5)

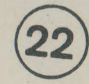
1. möchte ich klarstellen, daß die in dem Vorwort vertretene Position eine minoritäre am Rande der "Interim" ist. Diskutiert wurde das Papier innerhalb der "Interim" nicht. Die "sturmfreie Bude zu Weihnachten" machte es möglich, daß er so ins Heft kam. Aber er zwingt endlich zu einer öffentlichen Diskussion.

2. wird die Zeitung weiterhin ihren offenen Charakter behalten, eine "politische Zwischenlösung" (Übersetzung von "interim" laut Duden) und keine Institution oder Fertigprodukt sein. Die Stärke der Zeitung liegt genau darin, daß sie neben dem praktischen Gebrauchswert ein **Forum für Diskussionsprozesse** bietet und eben keine fertigen Positionen vertritt. Daß dabei manchmal auch von den "RedakteurInnen" als "Müll" empfundene Positionen und Papiere auftauchen, die mann/frau schweren Herzens doch dokumentiert, ist der Preis für das offene Konzept. Die "Interim" ist eben nicht im geschichtslosen Raum entstanden, sondern davor wurden Erfahrungen mit autonomen Zeitungsprojekten gemacht, die eine ausdiskutierte, fertige Position vertreten wollten (Stichwort "unzertrennlich"). Diese sind genau daran gescheitert. Relativ dazu ist die "Interim" sehr erfolgreich. Das einzige zur Zeit praktizierte alternative Konzept ist das des Bremer "Kassiber", die klar ein redaktionelles Konzept vertreten und dieses von außen betrachtet auch ganz gelungen umsetzen. Zudem gibt es bei der "Interim" genügend Eingriffsmöglichkeiten für die "RedakteurInnen" - z.B. durch die Tielblattgestaltung, das Vorwort, Auswahl und Reihenfolge der Artikel, selbst Beiträge zu schreiben ohne diese als "redaktionell" zu kennzeichnen, etc.. Mann/Frau hat die Möglichkeiten und kann sie nutzen: nur es kommt darauf an, daß sie real ohne große Worte zu verlieren genutzt werden und nicht als wortgewaltige und hohle Ansprüche vor sich hergetragen werden. Daß diese Möglichkeiten oft nicht bzw. viel zu wenig genutzt werden, ist **unsere** Unfähigkeit und Schwäche, aber auf keinen Fall "per Anspruch" zu lösen. Niemand hat etwas dagegen, daß ihr Interviews macht oder sonstige Themen aufgreift - aber macht es einfach und blubbert nicht nur dauernd davon.

3. seit ihr für mich ein typisches Beispiel für **große Klappe und nichts dahinter.** Die von euch gestaltete Ausgabe enthält genau all die Gräßlichkeiten, die ich an der "Interim" für dringend veränderungswürdig halte, wenn wir eine soziale Ausweitung erreichen wollen und sie auch für Leute lesbar zu machen, die nicht in den internen Szenestrukturen stecken:
- ist auf Seite 5-6 ein Artikel über Kürzung von Kindergeld, bei dem weder klar ist, um was es genau geht (wer kürzt - oder plant dies - wann und wem das Kindergeld ?) noch ist eine Kontaktadresse für diese Initiativgruppe für ein multinationales Frauenkomitee angegeben.
- auf den Seiten 7-9 ist "irgendein" Artikel mit der vielsagenden Überschrift "Eine große kalte Wut": Um was geht es? Woher und von wann stammt dieser Text? Was wollt ihr damit? Und die hineingelayoutete Pistole ist wohl das "mehr praktische", das ihr fordert?
- wie üblich fehlen auf den Seiten 12-15 jeglichen inhaltlichen Überschriften - was fand wann wo wie statt?
- auf den Seiten 16-22 finden sich irgendwelche Artikel zur Diskussion um die RZ. Sicher inhaltlich recht spannend, aber: woher und von wann sind sie? Warum nehmt ihr sie ins Heft? Aus welchem Diskussionsprozess stammen sie? Es sei hiermit kurz gesagt: sie stammen aus der "radikal" aus dem Zeitraum Herbst '82 bis Sommer '83; sind also genau zehn Jahre alt. Sie einfach so, ohne Einführung und Einleitung abzudrucken, halte ich für eine eure großen Töne herrlich konterkarierenden Fakt. Statt drei Seiten mit "Wir wollen alles" (und kriegen nichts auf die Reihe) vollzublubbern, hättet ihr besser drei kurze Sätze zur Einleitung dieser beiden Beiträge schreiben sollen.

ein an der "Interim" Beteiligter

Wir würden uns freuen, wenn sich die weitere Diskussion um das Vorwort der Interim 221 auf den zweiten Punkt konzentrieren würde. - Wegen einer technischen Fehlleistung konnte die letzte Ausgabe nicht im vollem Umfang erscheinen. Die fehlenden Texte befinden sich im Ordner. I.



Stand: 18.12.92

Hungerstreik im Flüchtlingslager Köln-Niehl

Das Lager in einer ehemaligen Kaserne in der Nähe der Ford-Werke ist am 16.11. eröffnet worden. Betrieben wird es vom DRK. Zur Zeit sind dort 230 Flüchtlinge eingepfercht (davon ca. 30 Frauen). Geplant ist die Ausweitung auf 500 Insassen. Das Gelände, auf dem langfristig eine Müllverbrennungsanlage vorgesehen ist, ist verseucht. Wegen der Gutachten über die Bodenproben wurde die für Mitte Oktober geplante Eröffnung zunächst verschoben. Nachdem aber über den verseuchten Boden etwas Erde geschüttet und ein Aschenplatz eingezäunt worden war, gab es keine Bedenken mehr, hier Flüchtlinge unterzubringen.
Die Flüchtlinge leben zu acht Personen in Zimmern, die schlecht heizbar und nicht abschließbar sind (als eine Besucherin vor dem Eintreten anklopft, sagt ihr der Sozialarbeiter, das wäre nicht üblich und auch nicht nötig; Zitat von Gerner: »Die Zimmer müssen jederzeit kontrollierbar sein.«). Zur Unterbringung wird von der Lagerleitung in der Öffentlichkeit behauptet, es gäbe auch Unterbringungen in kleineren Einheiten, meist aber in besagten Acht-Bett-Zimmern, weil das von den Flüchtlingen ausdrücklich so gewünscht würde. Sie bekommen 16,50 Mark Taschengeld pro Woche. In der Gegend gibt es überhaupt keine Einkaufsmöglichkeiten. Sie müssen jedesmal mit der Bahn fahren (und haben schon haufenweise Bußgeldzettel für Schwarzfahren kassiert - wozu die Lagerleitung den genialen Vorschlag hatte, sie könnten ja mit der KVB verhandeln, diese Bußgelder in 5-Marks-Raten abzustottern).
Es wird versucht die finanzielle Situation der Flüchtlinge weiter zu verschärfen. So verlangte der Lagerleiter Gerner von einem Flüchtling, der bei einem Arztbesuch ein Rezept erhalten hatte, die Rezeptgebühr von den wöchentlichen 16,50 DM zu zahlen, obwohl der Lagerträger zur Übernahme dieser Kosten verpflichtet ist. Als der Flüchtling meinte, daß er kein Geld mehr habe, antwortete Gerner, dann müße er eben warten bis er das nächste Mal Geld bekommt.
Außerdem gibt es bisher zumindest einen Fall, wo ein Kölner Arzt die Behandlung eines Flüchtlings nur gegen vorherige Barzahlung übernehmen wollte.
Das Essen ist wenig und schlecht. In der Öffentlichkeit wird die Lagerleitung aber nicht müde zu behaupten, daß beim Essen auf die Bedürfnisse und Vorlieben der einzelnen im Lager vertretenen Nationalitäten Rücksicht genommen wird.
Ein iranischer Wachmann, der die Eingangskontrollen nicht in der schärfe durchführte wie verlangt, wurde in der zweiten Woche versetzt. Die Kontrolle und Überwachung im Lager wird von der Lagerleitung und den Sozialarbeitern durchgeführt, die sich auch nicht scheuen nachts kontrollen durchzuführen, wobei dann das Licht angemacht und das Zimmer durchsucht wird.
Die Flüchtlinge dürfen sich im Prinzip frei bewegen. Als aber letztens z.B. der Lagerleiter eine Versammlung abgehalten hat, durfte niemand das Lager verlassen. Die Versammlung war Montag einberufen worden nachdem die Flüchtlinge der Lagerleitung einen Brief mit ihren Forderungen übergeben hatten. Bei dieser Versammlung haben der Lagerleiter Gerner und der Vertreter von Unna Massen, Süther, (das Lager ist eine Nebenstelle von Unna Massen) betont, daß sich an der Situation im Lager nichts ändern wird, höchstens ein wenig beim Essen. Dazu hat Gerner am Mittwoch gegenüber der Presse angekündigt, es würden jetzt »zusätzlich Früchte gereicht«.
Auf den Einwand der Flüchtlinge, mit den wöchentlichen Zahlungen von 16,50 DM könnten sie sich nicht mal die benötigten Toilettenartikel leisten, geschweige denn mit der Straßenbahn in die Stadt fahren, meinte Gerner, das Geld sei keineswegs ein Taschengeld, sondern zur Finanzierung von Toilettenartikeln gedacht. Wenn sie diese auch noch im Lager bekommen würden, würden sie auch dieses Geld nicht mehr bekommen. Auf weitere Kritik meinte er, er hätte es gar nicht nötig mit den Flüchtlingen über die Bedingungen im Lager zu diskutieren. Sie sollten nicht glauben, sie könnten sich hier verhalten wie in ihren Heimatländern, denn hier hätten sie keinerlei Rechte. Es wäre das beste für sie, wenn sie sich immer im Lager aufhalten und die Anweisungen der Lagerleitung befolgen würden. Die Lagerleitung wüßte, daß sich um das Lager herum Leute aufhalten würden, die ihre Köpfe verwirren würden (damit sind die Flüchtlingsgruppen gemeint). Diese seien Agenten der Skinheads, die das Vertrauen der Flüchtlinge erwerben wollten, damit sie ins Lager eindringen könnten um dort Bomben zu legen.
Die Flüchtlinge, die bis dahin auf ähnliche Sprüche nicht reagiert hatten, haben dann dort offen klargestellt, das sie wissen wer wir sind und das sie an einer Zusammenarbeit mit uns interessiert sind.
Als ein Flüchtling die Versammlung verließ, um das Lager zu verlassen, wurde er am Ausgang von den Wachen mit dem Hinweis aufgehalten, solange die Versammlung andauere, dürfe niemand das Lager verlassen.
BesucherInnen haben kaum Zutritt. Nur wer einen Flüchtling kennt und angibt, daß er ihn/sie besuchen will, und außerdem seinen Personalausweis vorzeigt, hat überhaupt Chance, das Lager betreten zu dürfen. Aber selbst in diesen Fällen hat es schon öfters Auseinandersetzungen gegeben. Leute sind nicht reingelassen worden, die betreffenden Flüchtlinge wurden auch nicht an die Pforte geholt.
Das hat meistens den Grund, daß BesucherInnen im Lager schon als Mitglieder der Flüchtlingsgruppen bekannt sind und für sie ein generelles Besuchsverbot gilt. Dabei wurden aber auch Fehler gemacht, weil mit den Wachen überflüssige Diskussionen angefangen wurden, über das Vorlegen der Ausweise. In solchen Fällen riechen die natürlich sofort Lunte und verhängen gegen diese, vorher nicht bekannten Personen, dann auch ein generelles Besuchsverbot.
Oder BesucherInnen wurden gewaltsam festgehalten bis zur Personalienfeststellung durch die Bullen: Hausverbot und Hausfriedensbruchanzeige.

Trotzdem ist es schon in der ersten Woche nach der Eröffnung des Lagers gelungen einen Kontakt zu den Flüchtlingen herzustellen. Von denen kamen dann auch gleich zwei zum »Lagerplenum«. Beim nächsten Treffen waren es vier, dann acht und dann zwanzig Flüchtlinge, die jetzt Teil des »Lagerplenums« sind.
Die Flüchtlinge kommen aus Afrika, Rumänien, Armenien, Türkei und anderswo. Die Verständigung untereinander läuft vor allem über Englisch wesentlich mühsamer über Französisch. Daher ist der Kontakt am intensivsten zu den englischsprechenden Afrikanern, die dadurch und weil sie wohl die größte männliche und trotz verschiedener Nationalitäten, etwas homogenere Gruppe sind, bei den Aktivitäten gegen das Lager eine Vorreiterrolle haben.
Wir haben den Flüchtlingen beim zweiten Treffen klar gesagt, wer wir sind, was wir machen können und wo unsere Grenzen liegen. Angesichts ihrer fast völligen Unwissenheit über ihre Situation im Asylverfahren und dem Sinn und Zweck des Lagers, haben wir auch darüber länger mit ihnen geredet. Das war natürlich ein ziemlicher Hammer für sie, besonders weil einige schon ihre alles entscheidende Anhörung hatten und ihnen das erst in diesem Gespräch klar wurde, daß sie ihre Anhörung schon hinter sich hatten. Sie hatten die Anhörung eher als »Unterhaltung« über ihre Situation in ihren Heimatländern und den Zweck ihres Herkommens in Erinnerung.
Diese ernüchternde Erkenntnis über ihre Situation hat bei den Flüchtlingen nicht dazu geführt, das sie gesagt hätten, es hat eh keinen Zweck. Es ist eher so, daß sie ausgehend von diesem Wissen möglichst schnell was gegen das Lager machen wollen. Dabei legen sie großen Wert darauf, bei allen Aktionen nicht als von den Flüchtlingsgruppen mobilisierte dazustehen, sondern als Akteure die bei ihren Aktionen von den Flüchtlingsgruppen unterstützt werden.
Dabei erwarten sie von uns vor allem, daß wir ihnen die richtigen Adressaten für Aktionen nennen, da sie sich darin natürlich am wenigsten auskennen.
In den Diskussionen mit den Flüchtlingen ist es die ganze Bandbreite der Lagerbedingungen die ihnen stinken. Ein Hauptpunkt ist aber das wenige Geld das sie erhalten, weil ihnen das auch wenn sie sich nicht im Lager aufhalten, jede Möglichkeit nimmt, das zu machen, was sie wollen. Zusammengefaßt lassen sich ihre Forderungen auf die Nenner bringen:
1. Schließung des Lagers
2. Freie Wohnungswahl
3. Volle Auszahlung der Sozialhilfe
Denn mit der Lösung dieser Probleme ließen sich alle ihre akuten Probleme, jenseits ihres Asylverfahrens, auf ein erträgliches Maß reduzieren.
Die dann etwas anders aussehenden Forderungen anläßlich des Hungerstreiks werden von den Flüchtlingen eher als erster Schritt verstanden, weil sich wohl niemand von ihnen vorstellen kann, »dieses schreckliche Lager« wirklich für sie zufriedenstellend verbessern zu können.

Am 13.12 waren 20 Flüchtlinge bei dem Plenum. Sie kündigen einen Hungerstreik gegen die unerträglichen Bedingungen an. Ihre Forderungen:
»1. Das Essen, das wir bekommen, ist schlecht für unsere Gesundheit. Wir wollen unser Essen selbst kochen.
2. Das Geld, das wir wöchentlich bekommen beträgt 16 DM. Es reicht nicht einmal aus, um Toilettenartikel zu kaufen.
3. Die Heizungen in unseren Räumen funktionieren nicht und die Winterkleidung, die uns vom Sozialamt versprochen wurde, ist immer noch nicht angekommen.
4. Wir fordern freie medizinische Behandlung.
5. Installierung von Telefonen.
6. Wir fordern hochachtungsvoll, daß wir aus diesem schrecklichen Lager zu irgendeinem anderen Platz gebracht werden.
Und schließlich brauchen wir aufrichtig die Zusammenarbeit mit allen Menschenrechtsorganisationen für Flüchtlinge, mit Amnesty International, mit dem Roten Kreuz, damit unsere Forderungen respektiert werden und um unsere Ziele zu erreichen.«
Am Montag gingen einige von ihnen mit diesen Forderungen zum DRK und zur ZASt. Daran haben zwar nur wenige teilgenommen, die Sache war aber mit den andern Flüchtlingen abgesprochen, die an den laufenden Diskussionen beteiligt sind. Das Kölner DRK meinte, sie wären ja auch gegen das Lager, könnten aber nix machen. Bei der ZASt fragten die Schreibtischtäter zuerst nach, ob auch Deutsche bei der Gruppe wären. Als dies verneint wurde (obwohl eine nicht so furchtbar deutsch aussehende Deutsche dabei war), machten sie erst auf deutsch ein paar blöde Bemerkungen, daß diese Leute doch sowieso alle abhauen sollten, und erklärten sich dann für nicht zuständig.

Am Dienstag gabt es eine Pressekonferenz. Die Presse berichtet am nächsten Tag über die Zustände im Lager, zitiert die Flüchtlinge - »Wir sind wie Gefangene« - und kündigt den Hungerstreik an, der am Mittwoch mit dem Frühstück beginnt. Um 9 Uhr kommt eine Gruppe von 20 Flüchtlingen mit Transparenten raus zum Tor, vor dem allerdings erst 5 Leute stehen. Sie gehen dann noch zweimal als kleine Demo durch das Lager, und bringen jedesmal ein paar Leute mehr mit zum Tor. Sie sagen, daß kaum jemand das Frühstück angenommen hätte. Die UnterstützerInnengruppe draußen wächst mit der Zeit ebenfalls auf etwa 30-40 an. Unter ihnen zeitweise ein paar Azubis der gegenüberliegenden Ford-Lehrwerkstatt. Sie hatten Geld gesammelt und Weihnachtspäckchen für die Flüchtlinge gepackt, die sie eigentlich an diesem Tag überreichen wollten.

Lange Zeit tut sich überhaupt nichts. Die Flüchtlinge stehen drinnen, wir draußen. Es steht halt auch ein dicker Zaun zwischen uns. Alles wirkt etwas zögerlich und planlos, weil alles auch ein bischen planlos war, da wir auf diese sich so schnell entwickelnde Situation nicht vorbereitet sind und bis vor 5 Wochen immer mit vier bis sechs Leuten auf dem Lagerplenum gesessen haben. Für »Draußen« ist allerdings auch klar, daß wir den Flüchtlingen die Initiative überlassen, und nichts von uns aus eskalieren. Zwei gehen schließlich rein (als Presse, eingeladener Besuch oder was auch immer - das Tor wird immer mal wieder vom Wachdienst aufgemacht, um Einzelne, die in die Stadt wollen, rauszulassen). Der Wachdienst ruft die Bullen, die aber nur zu zweit kommen, und nach einer allgemeinen Konfusion, ob die beiden sich nun auf der anderen Seite vom Zaun aufhalten dürfen oder nicht, wieder
abziehen. Eine Frau von irgendeiner Kirchengemeinde fährt mit ihrem Auto rein und lädt Klamotten und Decken aus. Sie betont, daß sie nur die Sachen abgeben wollte und mit niemandem reden, denn das würde ja nicht gerne gesehen. Dem Stadtrevue-Reporter empfiehlt sie, doch mal was Positives zu schreiben - es würde ja immer nur Negatives über das Lager berichtet...
Mit zunehmender Wartezeit und Kälte kommen zwei Forderungen auf. Die Lagerleitung soll zum Tor kommen und da zu den Forderungen der Flüchtlinge Stellung nehmen, und der Wachdienst soll uns alle reinlassen: »Wir haben denen gesagt, daß ihr Girlfriends und Boyfriends von uns seid, und wenn die das jetzt nicht erlauben, könnt ihr ja über den Zaun klettern«. Die Lagerleitung wird uns von dem Wachddienst immer wieder angekündigt, bis schließlich tatsächlich der von Unna-Massen abgeordnete Oberchef und der DRK-Lagerchef auftauchen. Ihre Hauptaussage ist: »Keine Stellungnahme, no comment« (auch am Vortag nach der Pressekonferenz war der Presse der Zutritt zum Lager verweigert worden). Der Obere sagt zu, daß persönliche Besuche natürlich möglich seien, es sei schließlich ein »offenes Haus« - worauf der DRK-Hansel das sofort wieder zurücknimmt: Aber nicht gerade jetzt, jetzt müßten sie Aufnahmen machen, und das Dienstliche ginge vor, schließlich müßten die Neuankömmlinge ja ihre Zimmer gezeigt kriegen. (Vorher war ein doppelstöckiger Bus voll mit Flüchtlingen reingefahren, die etwas verwundert und verunsichert zu der Ansammlung vorm Tor und den ihnen zuwinkenden Flüchtlingen rübergeguckt hatten.
Diese »Neuen« werden später von Gerner dazu benutzt, das Ende des Hungerstreiks zu verkünden, da die »Neuen« am Mitagessen teilgenommen haben. Ein paar von den »Alten« sind dann mit Transparent zu dem Aufnahmegebäude gezogen, um sie da zu empfangen). So geht die Frage des Besuchsrechts noch einige Zeit hin und her. Der Nächste, der den Versuch macht, wird vom Oberchef fast hysterisch zurückgewiesen: »Sie nicht, Sie haben Hausverbot« (einer von denen, die vorher schonmal dagewesen waren und sich damit ne Anzeige eingehandelt hatten). Durch das ganze Heckmeck ist immerhin etwas Stimmung aufgekommen. Von beiden
Seiten hängen die Leute am Zaun, reden, tauschen Namen aus.

Die Selbstorganisation trotz so vieler Nationalitäten und Sprachprobleme, die Initiative und Entschlossenheit der Flüchtlinge sieht erstmal ziemlich beeindruckend aus. Trotzdem ist bei genauerem Nachfragen zu bemerken, daß die Einigkeit im Lager längst nicht so groß ist wie sie nach außen scheint. Es ist noch ziemlich unklar wieviele Flüchtlinge sich mit den Aktionen wie weit aus dem Fenster hängen wollen. Anregungen von uns, den ganzen notwendigen Informationsfluß innerhalb des Lagers möglichst selbst in die Hand zu nehmen, wurden von ihnen auch erstmal positiv beantwortet. Wozu sie natürlich auch die notwendige Materielle und personelle Unterstützung von uns brauchen. Um da weiter zu kommen wollen die Flüchtlinge auch möglichst einen Raum außerhalb des Lagers, wo sie sich treffen können. Das Ganze wird sicher noch eine längere Auseinandersetzung werden. Trotz Presseresonanz steht die Lagerleitung wahrscheinlich noch nicht sehr unter Druck. Denn es wird ja in der veröffentlichten Meinung fein säuberlich getrennt zwischen dem Skinheadterror und dem Staatsterror gegen Flüchtlinge.
Die nächsten Schritte die anvisiert werden sind eindeutigere Forderungen nach voller Auszahlung der Sozialhilfe und weiter Schließung des Lagers. Wobei dann auch nicht mehr nur das DRK als Lagerträger Adressat der Forderungen wäre, sondern auch das Sozialamt und politische Stellen.

Stand: 22.12.92

Alle Flüchtlinge des Lagers sollen heute auf Lager in Münster verteilt werden. Stattdessen sollen fünfhundert bosnische Flüchtlinge ins Kölner Lager. Ganz offensichtlich soll der Versuch, Widerstand zu leisten, in Köln zerschlagen werden. Die Flüchtlinge überlegen, ob sie einen Sitzstreik machen.

Die Verlegung der Flüchtlinge nach dem Hungerstreik 22.12.92

Der Hungerstreik (HS) wurde von den Flüchtlingen nach einem Tag abgebrochen. Für die, zu denen wir den Kontakt hatten, war der HS eine erste Aktion, die sie nicht unnötig in die Länge ziehen wollten. Es ging ihnen offensichtlich nicht darum die Rolle von hungernden Opfern einzunehmen und der schnelle Abbruch war wohl auch wichtig, weil viele im Lager wohl nicht bereit waren an einem längeren HS teilzunehmen, schließlich wollen sie ihre Situation verbessern und nicht verschärfen. Genau so sind sie mit ihrer Idee verfahren, zu Beginn des HS, ihr wöchentliches Taschengeld von 16,50 DM, das sie an diesem Tag erhalten haben, aus Protest gegen diese lächerliche Summe zurückzugeben: sie haben es behalten. Der HS sollte nicht mehr sein als eine öffentlichkeitswirksame Aktion. Danach wollten sie erstmal sehen wie die Lagerleitung reagiert und sich dann weitere Schritte überlegen.
Als gestern (Dienstag) zwei von uns ins Lager gingen um mit den Flüchtlingen ein verabredetes Interview zu machen, wurde ihnen von der Wache am Tor ein englischsprachiger handgeschriebener fünzeiliger Zettel vorgelegt. Auf dem Zettel stand sinngemäß, das von nun an über das ganze Lager eine Ausgangssperre verhängt wird. Die Insassen des ganzen Lagers würden nach Münster verlegt. Ein Datum für die Verlegung wurde nicht genannt. Nur Gerüchteweise hieß es das die Aktion innerhalb der nächsten 3 Tage stattfinden würde. Es hat zu dieser Aktion ansonsten keinerlei offizielle Ankündigung gegeben. Dazu hieß es nur noch, daß 450 bosnische Flüchtlinge in das Lager sollten.
Zumindest ein Teil der Flüchtlinge (ich kann hier nur zu denen was sagen, zu denen wir Kontakt) begreift die Verschubung als eine Reaktion auf den HS. Ende letzter Woche hatte der Lagerleiter Gerner auch angekündigt das die Flüchtlinge ihn "very angry" machen würden und das sie mit entsprechenden Reaktionen zu rechnen hätten.
Einen Tag vorher wurden von Leuten im Lager Schüsse gehört, denen aber offensichtlich von Flüchtlingen niemand Beachtung schenkte. Dazu wurde aber von der Lagerleitung bzw. von den Wachen gezielt das Gerücht in Umlauf gesetzt, es sei auf das Lager geschossen worden und ein Wachmann sei an Arm und Bein getroffen worden. Die Wachmänner gingen mit diesem Gerücht von Haus zu Haus und forderten die Flüchtlinge auf die Häuser nicht zu verlassen. Da auch die Flüchtlinge Schüsse gehört hatten, war nicht klar, was es mit der Sache auf sich hat. Jedenfalls hat es danach keinen größeren Polizeieinsatz gegeben und auch der Presse war nichts zu entnehmen. Mittlerweile wissen wir durch die Polizei sicher, daß dort nichts war.
Die Reaktion der Flüchtlinge auf die Verschubungsankündigung war sehr unterschiedlich. Dadurch war ein gemeinsames Vorgehen der Flüchtlinge unmöglich. Ein Teil war froh aus dem Lager wegzukommen. Das sicher auch, weil Gerüchte kursieren, das es in anderen Lagern wesentlich besser ist (Das Lager in das die Lager verschubt werden ist erst vor 3 Tagen eröffnet worden, auch hier hat das DRK die Leitung übernommen). Andere waren unsicher ob sie lieber bleiben oder verlegt werden wollten, hatten aber auch Angst sich der Verlegung zu widersetzen. Und der Rest war eindeutig dagegen. Teilweise auch, weil sie hier Arbeit gefunden haben oder Verwandte/Freunde haben oder bei den Leuten die wir mittlerweile kennen, weil sie die Beziehungen zu uns haben. Aber auch bei den letzteren war wohl eine ziemliche Angst da, den Konflikt an dieser Frage zu eskalieren.

Zusammen mit einem Flüchtling haben wir dann gestern Abend überlegt, was wir machen können. Dabei war das größte Problem, die unterschiedlichen Positionen der Flüchtlinge und das wir nur eine Nacht Zeit hatten was vorzubereiten. Rausgekommen ist dabei erstmal Pressearbeit und der Versuch die ganzen Bürger zu mobilisieren, die im Moment dabei sind sich in vielerlei "Stoppt den Haß, keine Gewalt"-Initiativen zu organisieren. Außerdem der Beschluß, ab Morgens vor dem Lager präsent zu sein um eventuelle Aktionen der Flüchtlinge zu unterstützen. Wenn sich rausstellen sollte, das bis zu der Verschubung noch genug Zeit bleibt sollte noch eine Aktion gegen die entsprechenden politischen Stellen laufen um Druck für einen Stop der Aktion herzustellen.
Die Presse hat erstmal sehr interessiert reagiert, wandte aber gleichzeitig immer schnell ein, daß so eine Verlegung ein ganz normaler Vorgang ist. Trotzdem waren sie heute vor dem Lager ziemlich zahlreich vertreten. Die Bürgerinitiativen, die hier auch eine sehr hierarchisch organisierte Telefonkette aufgebaut haben, waren zunächst nicht zu erreichen. Der von Ihnen angegebene Telefonanschluß war nur von einem Anrufbeantworter besetzt und als es uns endlich gelang von denen eine zuständige Person zu sprechen, hat die wohl auch eifrig rumtelefoniert aber niemanden mobilisieren können, weil alle arbeiten mußten oder sonstwie nicht konnten.

Morgens vor dem Lager hatten sich nach einiger Zeit, bei eisiger Kälte und strömendem regen ca. 50 Leute versammelt, die aber bis Mittags auf ca.20 Leute zusammengeschrumpft waren. Von den Flüchtlingen war so gut wie nichts zu sehen, so das wir schon befürchteten, die Aktion habe bereits Nachts stattgefunden. Von einem Flüchtling bekamen wir die Information, die Verlegung solle bis Mittags über die Bühne gehen. Deshalb haben wir uns entschlossen vor dem Lager zu bleiben und die andere Aktion nicht zu machen. Gegen 13 Uhr kamen die ersten zwei Busse, am Tor kam es zu einem kurzen Geschiebe mit der Polizei an dem sich auch ungefähr 10 Flüchtlinge beteiligten. Aber das ganze hatte keinen Biß, weil wohl alle das Gefühl hatten, sich an einer schon verlorenen Auseinandersetzung zu beteiligen. Eine Blockade des Tors war auch schon deshalb problematisch, weil ja ein Teil der Flüchtlinge das Lager verlassen wollte. Für heute soll es bei diesen 2 Bussen bleiben. Für Morgen ist die Verlegung der restlichen 170 Flüchtlinge angekündigt. Darunter befindet sich ein größerer Teil derer, die auf jeden Fall gegen ihre Verlegung sind. Einige davon wollen heute abend noch zu einem Treffen mit uns kommen, um noch mal gemeinsam zu überlegen. Angesichts der Ausgangssperre im Lager werden aber wahrscheinlich nicht viele kommen. Ausgangssperren und diese Verlegung haben sich mittlerweile zum Hauptproblem bei unseren Beziehungen zu den Flüchtlingen entwickelt. Wenn derartige Probleme nicht im Weg stehen kommen die Flüchtlinge immer ziemlich zahlreich zu den Treffen.
Zuletzt gibt es noch zu berichten, das heute Nachmittag 2 Vertreter des Flüchtlingsrats mit Gerner (Lagerleiter) und Süther (Vertreter von Unna-Massen) zusammengetroffen sind. Dabei haben sie von denen die Information erhalten, das die ganze Aktion aus dem Innenministerium kommen soll. Danach haben auch sie erst am Montag von der Sache erfahren. Der Flüchtlingsrat hat sich damit zufrieden gegeben und auch nicht mehr danach gefragt, ob die Verlegung eine Reaktion auf den HS ist und was es mit den Gerüchten um die Schüsse auf sich hat.

HUCH, WAS GIBT'S DA NEUES?



Ab 10.1.93 gibt's RADIO KABELBRAND das neue Antifa-Radio!

Wir sind eine Gruppe von 16 Leuten, die seit August die Idee haben, regelmäßig Radio zu machen.
Anlaß dazu ist unser Frust über die verlogene Berichterstattung der Medien, der nach Ende von Radio 100 kaum noch etwas entgegengesetzt werden kann.
Deshalb wollen wir versuchen, unsere Infos auch an "Normalos" weiterzugeben.
Klar ist es schade, daß wir nur über Kabel senden können - aber vielleicht hören ja trotzdem gaaaanz viele zu!!!!!!

Also am 10.1.93 um 17°° Uhr

Frequenz 92,75

über KABEL!

1. Sammellager in Brandenburg

1200 Flüchtlinge sollen im Niemandsland zwischen KönigsWusterhausen und Lübben auf ehemaligen Flughafengelände der sowjetischen Streitkräfte untergebracht werden.

Kaum ist die Grundgesetzänderung beschlossene Sache, laufen allem Anschein nach auch in Brandenburg die Vorbereitungen auf Hochtouren, die praktischen Voraussetzungen dieser Politik bereits jetzt zu schaffen.
Ein wichtiger Punkt dabei ist, die wenigen Flüchtlinge, die überhaupt noch ins Land kommen können, und die, die bereits vor der Änderung hier waren, in große, abgelegene Lager zu stecken, um die rassistische Flüchtlingspolitik fast unbemerkt von der Öffentlichkeit durchziehen zu können und die Möglichkeit für die Selbstorganisierung der Flüchtlinge und deren Unterstützung von außen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. In Brandenburg ist geplant, sämtliche Flüchtlinge in 6(!) große Sammellager zu stecken, da sie dort effektiv vor Angriffen zu schützen seien. Das erste dieser Art soll bei dem 200-EinwohnerInnen-Dörfchen Brand entstehen; auf einem etliche Quadratkilometer großen, ehemaligen Militärflughafengelände, das als Industriestandort nicht vermittelbar war, da der Boden stark kerosinverseucht ist. Ca. 1200 Flüchtlinge sollen in Plattenbauten im ehemaligen Wohnkomplex des Kasernenbereichs untergebracht werden.
Dabei sollen die Flüchtlinge strikt nach Nationalitäten getrennt untergebracht werden. Das Lager soll von einem privaten Träger betrieben werden, der zwar bereits mit dem Sozialamt über die Höhe der Tagessätze verhandelt, aber leider noch nicht bekannt ist. Obwohl die Gebäude noch nicht bezugsfertig sind und keine Bauaktivitäten bemerkbar sind, sollen bereits im Januar die ersten 80 Flüchtlinge untergebracht werden.
Zahlreich Gebäude auf dem Gelände lassen einen weiteren Ausbau der Aufnahmekapazität befürchten, und auch der Ausbau zu einer ZAST scheint sich anzubieten.
Ziel und Zweck dieser Planung stellt sich für uns folgendermaßen dar:

- Die Flüchtlinge sollen völlig isoliert werden (abgeschottete Lage, nur sehr dünn bevölkerte Region, so gut wie keine Infrastruktur (Nahverkehr, Läden, Schulen, Telephonzellen etc.) vorhanden. Wenn für ärztliche Versorgung, Schule, Einkaufsmöglichkeiten für die Flüchtlinge überhaupt gesorgt werden wird, dann wird dies ausschließlich innerhalb des Lagers geschehen. So ist z.B. bereits die Wiedereröffnung des sowjetischen HO-Ladens auf dem Gelände erwogen worden.)
- Die Flüchtlinge sind nahezu umfassend kontrollierbar und verfügbar.
- Selbstorganisierung und Unterstützung wird stark erschwert.
- Durch die große Zahl der Flüchtling wird sich die Verwaltungsarbeit und Kontrolle erheblich erhöhen.
- Durch die separierte Unterbringung können Reibungspunkte zwis[illegible]en verschiedenen Flüchtlingsgruppen von der Heimleitung forciert und eventuel[illegible] gegeneinander ausgespielt werden; wobei natürlich das Zusammenleben verschi[illegible]dener Nationalitäts- und Kulturgruppen auch Probleme in sich birgt.
- Abschiebungen und andere Mißstände können von einem Großteil der Flüchtlinge (und der Öffentlichkeit sowieso) unbemerkt durchgezogen werden.

Wegbeschreibung:
ca. 70 km südlich von Berlin, ca. 40 km hinter KW, 25 km bis Lübben (Ämter, nächste Bullen- und Feuerwehrwache). Autobahn A 13 Richtung Cottbus/Dresden. Ausfahrt Staakow, Richtung Staakow. Brand hat einen Bahnhof an der Strecke Berlin-Cottbus (1-Stunden-Takt).
Die direkte Zufahrt zum Gelände ist von Brand aus durch ständig heruntergelassene Eisenbahnschranken und dort postiertem Wachschutz nicht zugänglich. Mit etwas Umweg und Suchen lassen sich aber einige Zugänge zum Gelände finden.

Ortsbeschreibung:
Das gesamte Gelände ist etliche qkm groß, von außen nicht erkennbar und nur über unscheinbare, unbeschilderte Wege zu erreichen. Rundherum ist ein alter Stacheldrahtzaun, der keinerlei Hinderungsgrund mehr darstellt.
Der Wohnkomplex mit 3-5stöckigen, recht neuen Plattenbauten liegt im Zentrum der Anlage und ist mit einem neuen Zaun umgeben. Von der offiziellen Zufahrt bis hierher sind es ca. 2-3 km. Rundherum sind etliche Baracken, ehemalige Versorgungsbauten etc. Das ganze ist zigmal größer als die umliegenden Dörfer.
Bei unserer Ortsbegehung konnten wir stundenlang über das gesamte Gelände latschen, ohne einem der 4 berliner Wachschutzbullen zu begegnen. Soviel zum Thema offizieller Schutz. Auf dem Gelände wimmelt es von kleinen Müllkippen, ausgebrannten Fahrzeugen, Blindgängern und auch einige CS-Granaten mit deutscher Aufschrift waren zu finden. Sämtliche Gebäude sind frei zugänglich und offen, Ansammlungen von Schnaps- und Bierflaschen deuten darauf hin, daß die leeren Baracken für Parties genutzt werden.

So weit, so schlecht! Was nun?
Unserer Einschätzung nach lassen sich Sammellager dieser Art bei dem derzeitigem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis mittelfristig kaum verhindern. das Lager in Brand ließe sich nur mit einem sehr breiten Widerstand und großer Öffentlichkeit verhindern. die bürgerliche Presse hat zwar schon, teilweise sehr kritisch, berichtet, aber vor Ort sieht es eher düster aus. So hat z.B. die Bürgermeisterin von Brand ziemlich unverholen mit einer Bürgerwehr gegen das Lager gedroht.
Allein von Berlin aus ist autonome anti-rassistische Arbeit bei dieser Größenordnung kontinuierlich kaum möglich, und selbst Schutz wäre wohl auch nur schwierig zu bewerkstelligen.

Unsere Vorschläge und Anregungen sehen wie folgt aus:
(Keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit unsererseits)

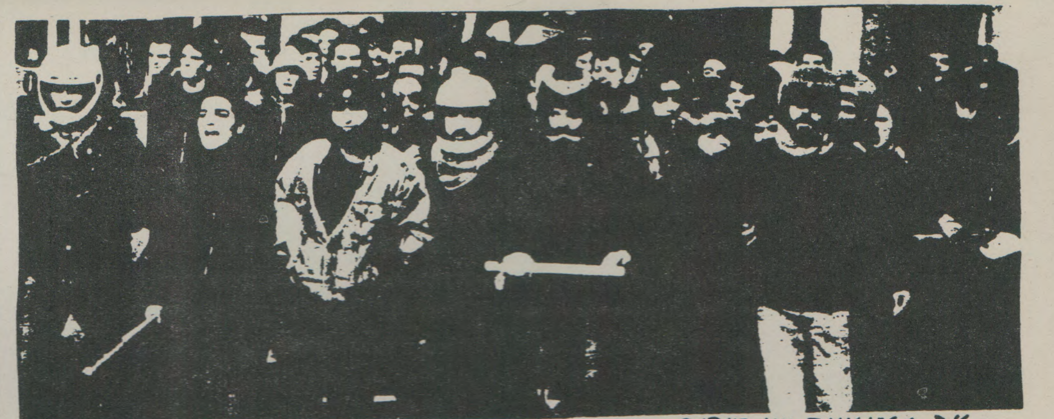
- Soviel Informationen wie möglich über den jeweils aktuellen Stand der Planung zusammentragen.
- Den Träger rauskriegen und unter Druck setzen.
- Nazi-Strukturen in der Umgebung auschecken.
- Kontakt zu Gruppen und Einzelpersonen in unmittelbarer oder näherer Umgebung herstellen (auch wenn wir es für sehr schwierig halten).
- Alle Gruppen oder Einzelpersonen, die Kontakt zu Flüchtlingen haben, sollten sich so früh wie möglich mit eventuellen Verlegungen beschäftigen, und, falls von den Flüchtlingen gewünscht, ein gemeinsames Vorgehen dagegen besprechen.

Uns erscheint es nicht unwahrscheinlich, daß nach einer gewissen Anlaufzeit gerade Flüchtlinge aus solchen Heimen von einer Verlegung bedroht sind, in denen ein hoher Grad an Selbstorganisierung und/oder Unterstützung vorhanden ist. Angesichts von Unmengen ehemaliger Militärobjekte im ganzen Land ist zu befürchten, daß, bei geringem Widerstand, das Modell Brand bald Schule machen wird. Angesichts der drohenden Sammellager und einer Zunahme illegaler Flüchtlinge halten wir eine Diskussion über zukünftige anti-rassistische Vorgehensweise und notwendig werdende inhaltliche und strukturelle Änderungen im Bereich der Flüchtlingsarbeit für wünschenswert.

autonome wander und inspektionsgruppe
abteilung umland

ATHEN,-GRIECHENLAND

AM 6 DECEMBER,SO WIE JEDES JAHR,VERSAMMELTEN SICH KÖNIGSANHÄNGER UND NATIONALISTEN AM LAGER DER DAMALIGEN GEDARMEN.AN JENEM PLATZ FANDEN1944 EINE GROSSE SCHLACHT WÄHREND DES BÜRGERKRIEGES , ZWISCHEN GEDARMEN-FASCHISTEN UND KOMMUNISTEN,STATT.
DAS LAGER WAR DER LETZTE PLATZ DES"WIDERSTANDS" DER FASCHISTEN. WÜRDE ER EROBERT WORDEN,WÄR ATHEN SO WIE GANZ GRIECHENLAND IN DEN HÄNDEN DER KOMMUNISTEN "GEFALLEN".DOCH DIE ENGLÄNDER KAMEN ZUVOR UND SCHICKTEN MILITÄR DAS DIE KOMMUNISTEN BESIEGTE,DA ES BESSERE WAFFEN HATTE.DIESER "WIDERSTAND"WIRD ALSO AN DIESEN TAG ZUR ERINNERUNG DER GEFALLENEN GEDARMEN UND FASCHISTEN,GEFEIERT.
ZUM ERSTENMAL WURDE DIESES JAHR ABER EIN PLAKAT VON FASCHISTISCHEN GRUPPEN RAUSGEGEBEN,DAS ZUR DER VERSAMMLUNG AUFRIEF UND NEBEN NATIONALISTISCHEN SPRÜCHEN AUCH EIN AUSLÄNDER RAUS HATTE.
WIR ALS AUTONOME UND ANARCHISTEN FANDEN ES DESHALB NOTWENDIG DYNAMISCH AUF EINE SOLCHE VERSAMMLUNG ZU ANTWORTEN WEGEN ZWEI GRÜNDEN: ERSTENS DAMIT DIE FASCHOS ES SICH NICHT AUF SICH NEHMEN INDEM SIE DURCH DIE STADTMITTE IM HITLERGRUSS MASCHIEREN UND ZWEITENDS DAMIT AUCH DER REST DER BEVÖLKERUNG MITKRIEGT WAS DA VORSICH GEHT.

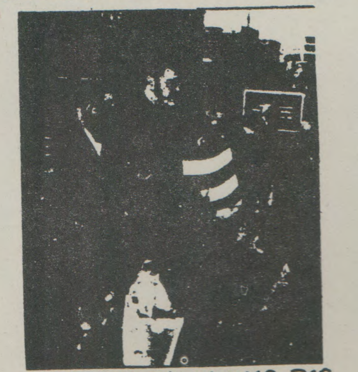


DIE ANARCHISTEN VERMUMMT UND MIT SCHLAGSTOCKEN BEREIT, UM DIEJENIGE, DIE AN DER VERSAMMLUNG TEILNEHMEN, ANZUGREIFEN

GRIECHISCHE ZEITUNG EFNOS MONTAG DEN 7 DEC 1992

SCHWERE KRAWALLE FANDEN GESTERN MITTAG AM PLATZ SINTAGMA,NACH DER BEKUNDIGUNG DES JAHRESTAGS DER SCHLACHT DES DECEMBERS1944;STATT. UNGEFÄHR 150 ANARCHISTEN GREIFTEN VERMUMMT UND MIT SCHLAGSTÖCKEN, STANGEN UND ANDEREN GEGENSTÄNDEN BEWAFFNET DIE VERSAMMELTEN AN,DIE GERADE DABEI WAREN KRÄNZE AM DENKMAL DES UNBAKANNTEN SOLDAT NIEDERZULEGEN.DAS ERGEBNIS WAR,DAS ES ZU WILDEN AUSERNANDERSETZUNGEN KAM, DIE UNGEFÄHR 15 MINUTEN ANHIELTEN UND DABEI VIELE VERLETZT WURDEN. AN DER VERSAMMLUNG ~~NAHMEN=AUCH=M~~ NAHMEN AUCH MEHRERE OFFIZIERE DER

GEDARMEN,ABER AUCH RECHTSRADIKALE UND MITGLIEDER KÖNIGSTREUER GRUPPEN.UNGEFÄHR 60 LEUTE VERSAMMELTEN SICH IN DER FRÜH AM MAKROGIANNI UM DIE GEFALLENEN UND "NAPOLEONTA ZERWA"ZU EHREN UND DANACH KRÄNZE AM DENKMAL NIEDERZULEGEN.NACH AUSGABEN VON AUGENZEUGEN HABEN VIELE DERER,DIE AN DER VERSAMMLUNG TEILNAHMEN(ZUM GRÖSSTEN TEILS GLATZKÖPFE)DIE HAND ZUM HITLERGRUSS ERHOBEN UND NATIONALISTISCHE UND FASCHISTISCHE SPRÜCHE GESCHRIEEN.ZUR GLEICHEN ZEIT HABEN SICH MITGLIEDER VON ANTIFASCHISTISCHEN GRUPPEN,SO WIE SIE SICH SELBST NENNEN,UM 11 UHR AM PLATZ PROPILLIA VERSAMMELT UM VON DAAUS SICH ZUM SINTAGMA ZU BEGEBEN UM DIE ANDEREN ANZUGREIFEN.



EINER DER TEILNEHMER, DER EINEN KRANZ AM DENKMAL DES UNBEKANNTEN SOLDAT ABLEGT

AN DER VERSAMMLUNG NAHMEN AUCH VERTRETER DER REGIERUNG TEIL,UNTERANDEREN AUCH DER ABGEORDNETE DER NEA DIMOKRATIA NIKOS ANAGNOSTOPULOS, DER VON EINEM SCHLAGSTOCK LEICHT VERLETZT WURDE.ZULETZT SCHRAT DIE POLIZEI EIN UND ZERSTREUTE DIE ANARCHISTEN.

Unterstützt den Kampf der Gefangenen im Todestrakt in Huntingdon, Pennsylvania, gegen ihre Haftbedingungen

Seit dem 1. November 1992 sind die Haftbedingungen aller 146 Gefangenen in den Todestrakten der Gefängnisse in Pennsylvania verschärft worden. Darüber hinaus wurden die Haftbedingungen für alle Gfeangenen in Disziplinarhaft in Pennsylvania auch verschärft. Diese Regelungen betreffen u.a. den schwarzen Journalisten und ehemaligen Black Panther, Mumia Abu-Jamal. Er wird im Todestrakt von Huntingdon gefangenengehalten und ist zusätzlich in Disziplinarhaft, weil er sich weigert, seine Dreadlocks abschneiden zu lassen.

Konkret bedeuten die Haftverschärfungen:
- Die Todesstrafengefangenen haben nur noch 5 Tage in der Woche einen zweistündigen Hofgang in einem Gitterkäfig (anstatt wie bisher 7 Tage)) und sind am Wochenende 48 Stunden ununterbrochen in den Zellen eingeschlossen.Die Gefangenen sind 22 Stunden täglich in den Zellen eingeschlossen.
- Die Todesstrafengefangenen haben weiterhin nur vier Trennscheibenbesuche im Monat - auch mit Angehörigen und AnwältInnen.
- Die Todesstrafengefangenen dürfen weiterhin keine Schreibmaschinen haben.
- Die Todesstrafengefangenen haben weiterhin nur einen 10-minütigen Telefonanruf nach draußen pro Monat.

Die Gefängnisbehörde hat darüber hinaus angekündigt, daß Todesstrafengefangene in absehbarer Zeit (das genaue Datum wurde noch nicht bekannt gegeben) nur noch juristische und religiöse Bücher erhalten dürfen; daß die Gefangenen keine Radios und Fernseher mehr auf der Zelle haben dürfen und im Knasteinkauf nur noch 2 Päckchen Zigaretten pro Woche kaufen können, d.h. sie können dann kein Briefpapier, Briefumschläge oder Briefmarken mehr über den Knasteinkauf beziehen.

Gefangene in Disziplinarhaft haben schon jetzt keine Radios oder Fernseher in den Zellen. Unter den neuen Bestimmungen haben sie nur noch einen Trennscheibenbesuch im Monat (anstatt wie vorher vier Besuche im Monat). Sie dürfen keinerlei persönliches Eigentum auf den Zellen haben und dürfen nur eine juristische Zeitung abonnieren (keine Tageszeitungen, Monatszeitschriften etc. wie vorher). Telefongespräche sind Gefangenen in Disziplinarhaft grundsätzlich verboten. Darüber hinaus können Gefangene in Diszipinarhaft nur 1 Päckchen Zigaretten alle 2 Wochen im Knasteinkauf erhalten - Briefpapier, Briefumschkäge und Briefmarken erhalten auch sie nicht mehr. Der Besitz einer Schreibmaschine ist ihnen auch verboten.

Am 4. Dezember 1992 haben 27 Gefangenen im Todestrakt von Huntingdon , darunter auch Mumia Abu-Jamal, eine Petition gegen die Haftverschärfungen für Todesstrafengefangene unterschrieben. Sie fordern in der Petition u.a.:
- die Wiedereinführung vom 2-stündigen Hofgang 7 Tage die Woche;
- die Aufhebung der Trennscheibe bei Besuchen von Angehörigen;
- die Möglichkeit, an religiösen Zeremonien - Freitagsgebete für Moslems, indianische Zeremonien, christliche Gottesdienste - teilnehmen zu können ;
- Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten im Knast;
- den Besitz von Schreibmaschinen;
- mehr Telefongespräche nach draußen;

Die Gefangenen weisen in ihrer Petition darauf hin, daß Gefangene in Todestrakten in anderen US-Bundesstaaten wie Kalifornien und Texas bis zu 8 Stunden täglich Aufschluß haben, arbeiten können, an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen können, Besuche ohne Trennscheibe haben und Schreibmaschinen besitzen dürfen, ohne daß dadurch eine "Gefahr für die Sicherheit der Anstalt" entstehen würde. Darüber hinaus schreiben die Gefangenen, daß " Männer und Frauen, die in Pennsylvania vom Tod bedroht sind, unter Bedingungen leben, die die Seele erschauern lassen. Durch diese gewaltfreie Petition beweisen die Gefangenen, daß sie immer noch menschlich sind."
Alle 27 Gefangenen, die die Petition unterschrieben haben, sind dafür mit 30 Tagen Disziplinarhaft bestraft worden. Die Gefangenen bitten daher um Unterstützung von außen, um gegen die Bestrafung und die Verschärfung der Haftbedingungen zu protestieren.

Schickt bitte ein kurzes Fax oder einen Brief mit folgendem Text an den Knastdirektor in Huntingdon - Warden Love, Drawer R, Huntingdon SCI, Huntingdon, PA 16651, Tel 001-814643-2400; Fax 001-814-949-7922; und an den Gouverneur von Pennsylvania - Governor Casey, Main Capitol Bldg., Room 225, Harrisburg, PA 17120, und eine Kopie Eurer Petition an Mumia Abu-Jamal, AM-8335, Drawer R, Huntingdon, PA 16652.

Wir fordern Sie auf, die Bestrafung der 27 Gefangenen, die im Todestrakt von Huntingdon eine Petition gegen die Verschärfung ihrer Haftbedingungen unterschrieben haben, rückgängig zu machen.
Wir unterstützen die Forderungen der Gefangenen nach
- Wiedereinführung des 2-stündigen Hofgangs 7 Tage in der Woche
- Aufhebung der Trennscheibenbestimmung bei Besuchen
- mehr Telefongesprächen
- dem Besitz von Schreibmaschinen
- Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten
- die Möglichkeit, an religiösen Zeremonien teilnehmen zu können;

Wir forden Sie auf, die Forderungen der Gefangenen zu erfüllen und die Verschärfung der Haftbedingungen für Gefangene in den Todestrakten und in Disziplinarhaft sofort rückgängig zu machen. Die Gefangenen haben ein Recht, die Wahrung ihrer grundsätzlichen Menschenrechte zu fordern.

We demand, that you cancel the punishment of the 27 prisoners from death row in Huntingdon, who have signed a petition protesting the tightening of their prison conditions.

We support the demans of the prisoners for
- restoration of 2hour daily, 7 days a week yard exercise
- abolishment of non-contact visits
- the possession of typewriters
- access to work and education possibilities
- the possibility, to participate in group religious ceremonies,

We demand that you fulfill the demands of the prisoners and the you immediately cancel the tightening of the prison conditions for prisoners on death row and in disciplinary custody.
The prisoners have a right to demand respect for their basic human rights .

Liebe Freundinnen und Freunde

Wie ihr vielleicht schon aus der bürgerlichen Presse erfahren habt,ist in der Nacht vom 22. zum 23.12.92 ein Freund von uns erschossen worden.
Da über ihn und die Vorgänge in der betreffenden Nacht allerhand verschärfte Lügen verbreitet wurden, halten wir es für nötig, Euch ein paar richtigstellende Fakten mitzuteilen, auch um die leipziger Hausbesetzungsszene gegen die immer massiver werdende Kriminalisierungskampagne in der Presse, die uns ständig zu idiotischen Autoknackerbanden u. ä. zuordnet, zu verteidigen.
Die Sache ist die, daß hier in Connewitz mindestens zwei Häuser von Leuten (meist noch unter 18 Jahren) besetzt sind oder waren, die ihren Lebensinhalt darin gefunden haben, irgendwo Autos zu knacken und diese in der Nähe ihrer oder anderer besetzter Häuser zu Schrott zu fahren und stehen zu lassen.
Die Hetze der Öffentlichkeit gegen diese Leute hat natürlich keine Grenzen und deren Dummheit wird reichlich dazu genutzt alle HausbesetzerInnen zu Kriminellen zu machen.
Bis zu den Auseinandersetzungen mit den Bullen am 27./28.11.92 haben wir uns kaum um dieses Problem gekümmert, was wir im nachhinein als großen Fehler ansehen.
Anfang Dezember wurde dann einem Teil der Autoknacker klar gemacht, daß sie für die Gefährdung aller Projekte und Legalisierungsverhandlungen in Connewitz mitverantwortlich sind und sich deshalb entscheiden müssen, ob sie ihre sinnlosen Aktionen sein lassen oder sich aus dem Stadtteil verpissen. Sie entschieden sich zu bleiben und waren auch von da an "clean"...
Allerdings nicht alle, denn am 22.12.92 kam kurz nach Mitternacht einer, der das Autoknacken nicht hatte sein lassen, ins Cafè im " Zoro" und schlug dort Alarm, weil Zuhältertypen eins ihrer "verrufenen" Häuser angriffen. Kein Wort von geklauten Autos, kein Wort von scharfen Knarren.
Sechs Leute gingen sofort zum bedrohten Haus, weil sie der Meinung waren, daß es nicht angeht, daß Leute, auch wenn sie uns in letzter Zeit mächtig Ärger eingebrockt hatten, brutal zusammengeschlagen werden.
Aus sicherer Entfernung sahen sie vor dem Haus einen Pulk von 10 - 15 Leuten und entschlossen sich, diese zu vertreiben. Daraufhin stiegen zwei der Typen in ein Auto rasten auf die sechs zu. Aus dem Auto wurde scharf geschossen und Thümi mehrfach getroffen, tödlich.
Die ganze Scheiße ist bloß passiert, weil Typen, die wir nur ungefähr als Zuhälter oder Automafiosi einordnen können, ihr Auto zurückholen, das jener "rückfällig" gewordene geklaut hatte, und sich mit allen Mitteln an ihm rächen wollten.
Daß dabei einer von denen, die im Glauben, einen faschomäßigen Angriff von nicht klar einzuordnenden Typen abzuwehren, zu Hilfe eilten, sein Leben lassen mußte, kotzt uns grenzenlos an.
Trauer und Wut sind zu schwache Worte.
Wir können Leute, die für ihren Fun Leben aufs Spiel setzen, bei uns nicht länger dulden. Das machen wir ihnen jetzt und auch in Zukunft mit allen Mitteln deutlich.

Thümi, wir werden Dich nie vergessen.



Koordinierungsgruppenbüro (Kgb)
Haus der Demokratie
Bernhard- Göring- Str. 152
Tel: 3911149
Leipzig 7030
Ansprechzeiten: wochentäglich 11- 21 Uhr
außer Dienstag12- 19 Uhr

An alle Infoläden/ Infocafé's! Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir wollen Euch hiermit mitteilen, daß wir ConnewitzerInnen aus technischen und aus Sicherheitsgründen unsere Koordinierungsstelle, um die herum wir uns mi. den Ereignissen vom 27. November und den Inhaftierungen beschäftigt haben, in einen anderen Büroraum verlegt haben.
Wir sind jetzt auch eine relativ feste Gruppe, die sich kontinuierlich um alles versuchen will zu kümmern.
Der Stand der Dinge: Uns sind nur noch 9 Personen bekannt, die noch in Haft sitzen. Es gibt aber eine Dunkelziffer, die die Leute aus den Dörfern oder anderen Städten betrifft. Einige der letzte Woche Entlassenen kamen nur auf Kaution (3oo,- bis 1ooo,-dm) frei. Gegen einen Großteil wird das Verfahren weitergeführt. Fast alle sind anwaltlich versorgt.
Problematisch war in der letzten Woche, daß einige Leute von den Bullen
Vorladungen bekamen, zwecks Zeugenaussagen, oder weil ihr Auto an dem
Abend gesehen wurde. Die Leute wurden natürlich alle erkennungsdienst-
lich behandelt, was zwar keine rechtliche Grundlage hat, wogegen die
Leute sich aber nicht mehr wehren konnten, sobald sie auf dem Revier(!)
saßen.
Um solchen Sachen demnächst aus dem Weg zu gehen, und um andere Dinge
mal zu erfahren oder zu klären, wird am 1o.1. 93 eine sehr erfahrene
Awaltin aus Frankfurt M. zu uns kommen. Wir haben auch alle unsere
AnwaltInnen und die Eltern der Inhaftierten eingeladen. Die Veran-
staltung beginnt um 14 Uhr in der Villa/ Karl- Tauchnitz- Str. 3/7010 L.

Was wir weiterhin brauchen, sind materielle Zuwendungen. Wir haben schon jede Menge selbst gesammelt, aber es reicht nicht.

Wir halten Euch weiterhin auf dem Laufenden.

Kämpferische Grüße aus
Leipzig
Euer Kgb

Nochmal unsere Spendennummer:

Bayrische Vereinsbank
Kontoinhaber: Mirko Rahn
Kennwort: Connewitz
Kontonummer: 4542533
BLZ: 86o 2oo 36

Probelauf für die neue P-Abteilung:

10 MONATE KNAST FÜR 1. MAI - DEMONSTRANT

Am 01.01.1993 wird die Politische-Abteilung der Berliner Staatsanwaltschaft unter dem verheißungsvollen Namen "Spezialdezernat zur Bekämpfung extremistischer Gewalt" wieder auferstehen. Erst 1989 war diese berüchtigte Gang Berliner Staatsanwälte von der rot-grünen Koalition zunächst beerdigt worden. Im Dezember 92 wurde demonstriert, wie die Berliner Repressionsorgane künftig zuschlagen möchten: zum ersten Mal seit langem wurde ein Demonstrant wieder zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Markus K. wurde an der Kottbusser Straße aus der diesjährigen "Revolutionären 1. Mai Demo" heraus festgenommen. Dort war versucht worden, die Provokationen der Bullen (Spalier, Knüppel- und Tränengaseinsatz) u.a. mit Steinwürfen Grenzen zu setzen und die Bullen auf Distanz zu halten.
Markus stand wegen Landfriedensbruch und Vermummung vor Gericht. Sein Prozeß brachte nicht mehr Ergebnisse zu Tage, als viele andere vor ihm: Die Bullenzeugen (Judth, Vogel, Große, Wolf und Plaster) spulten ihre Belastungsaussagen ab. Letztlich blieb jedoch nur ein "Kleinpflasterstein" übrig, den die die Festnahme protokollierenden Bullen bei Markus "gefunden" hatten. Bis zum Schluß konnte aber nicht geklärt werden, wer diesen dahin gesteckt hatte bzw. ob sich Markus überhaupt mit Steinen gewehrt hatte.
In vorauseilendem Gehorsam folgte Staatsanwältin Krauth dann mit ihrem Straf
antrag einer Weisung, die der zukünftige Leiter der neuen P-Abteilung, We-
ber bereits vor einigen Wochen in einem anderen Demonstrations-Prozeß aus-
gegeben hatte: in Landfriedensbruch-Verfahren würden in Zukunft keine Stra-
fanträge mehr unter 12 Monaten gestellt. Zusätzlich würde die P-Abteilung
"wenn es sein muß, auch durch alle Instanzen hindurch" versuchen, Demon-
strantInnen ("ob von links oder rechts"), grundsätzlich ohne Bewährung in den
Knast zu bekommen. Krauth "begründete" ihren Strafantrag ausdrücklich mit
dem "über Leichen Unschuldiger gehenden faschistischen Terror! "Rechte und
linke Gewalt" müsse mit abschreckend hohen Strafen bekämpft werden.
Richter Fischer zeigte Flagge und folgte dem Antrag der Staatsanwaltschaft in vollem Umfang.

10 Monate Knast ohne Bewährung

Die Rote Hilfe Berlin hat in Absprache mit Markus ihr Spendenkonto zur Verfügung gestellt, damit er die anfallenden Kosten für das Gericht und seine Anwältin bezahlen kann:

R. Stüker
Konto Nr: 240 297 679
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00
Stichwort: MARKUS K.



Helft Helfen:
SPENDET FÜR MARKUS K.
WERDET MITGLIED IN DER ROTEN HILFE
V.i.S.d.P. und Kontakt: A. Lüers, Gruntaler Str. 30, 1/65, Tel: 493 65 20

FREIHEIT FÜR WULF UND BERND

Am Mittwoch abend, den 9.12., kam es in Schöneweide zu Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und Faschos. Kurz danach kontrollierten die Bullen weiträumig die Umgebung, insbesondere die S-Bahnhöfe und S-Bahnen, wobei zwei Leute festgenommen wurden. Beide wurden dem Haftrichter vorgeführt unter dem Vorwurf "gefährliche Körperverletzung und Raub" (einem Fascho soll ein Rucksack geklaut worden sein, den einer der beiden bei sich gehabt haben soll). Der eine wurde entlassen, der andere - Wulf - wurde in U-Haft genommen, weil er angeblich keinen festen Wohnsitz hätte. Seit dem sitzt er in Moabit. Innerhalb der nächsten Tage soll es einen zweiten Haftprüfungstermin geben - dessen Ausgang aber ungewiß ist.

Neben Bernd - dem vorgeworfen wird, an der Abfackelung von Priems Auto beteiligt gewesen zu sein - sitzt nun der zweite Antifaschist in Berlin in U-Haft. Für den Fall, daß Wulf am zweiten Haftprüfungstermin (Datum ist noch unklar) nicht rauskommt, wird es am selben Abend eine Knastkundgebung geben - und Silvester sowieso! Also haltet die Augen auf!!!

Schluß mit der Kriminalisierung von Wulf und Bernd und aller gefangenen AntifaschistInnen!!!

Information des Solidaritätskomitees Kücük Armutlu

Eine Gesundheitsstation für Kücük Armutlu

Als Teil unserer Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Kücük Armutlu wollen wir eine Gesundheitsstation errichten. Die Gesundheitsstation soll eine minimale medizinische Grundversorgung bei Erkrankungen und Verletzungen leisten. Besonders die Kinder - immerhin die Hälfte der EinwohnerInnen - brauchen dringend medizinische Betreuung.

Angeregt wurde dieser praktische Teil unserer Solidaritätsarbeit für Kücük Armutlu von den Verantwortlichen vor Ort, von özgür-Der (Menschenrechtsverein) und der Gewerkschaft im Gesundheitswesen (Saglik Sen). özgür-Der und Saglik Sen haben bereits ihre Unterstützung zugesagt, ebenso medico international. Die Gesundheitsstation ist Teil des Kampfes gegen die Räumung und für den Fortbestand der kollektiven Strukturen. Ein Raum für die Gesundheitsstation ist bereits vorhanden und kann jederzeit bezogen werden.

Die praktische Seite

Über ein Reisebüro können wir Billigflüge besorgen. Unterbringungsmöglichkeiten gibt es in Kücük Armutlu, kann auf Wunsch aber auch außerhalb besorgt werden.

Zur sprachlichen Unterstützung steht ein Dolmetscher zur Verfügung. özgur - Der und Saglik Sen stehen ebenfalls zur Lösung aller anfallenden Probleme zur Seite. Für den Kontakt und Nachrichten ins Ausland kann bei der sozialistischen Wochenzeitung Mücadele Telefon und FAX benützt werden.

Weitere Informationen sind erhältlich beim:
Solidaritätskomitee Kücük Armutlu
Österr.: Halkevi - Volkshaus
Große Schiffamtsgasse 10
1020 Wien
Tel.: 214 06 85
BRD: Informationszentrum für freie Völker
Teichstr. 16e
5000 Köln 30
Tel: 060221/ 531278, Fax: 060221/ 531700
Spendenkonto: K.Nr.: 0954952300, BLZ 370 800 40, Dresdner Bank Köln,
Kontoinhaber: A.Pusat unter dem Stichwort 'Kücük Armutlu'
Es gibt auch eine Medikamentensammlung, Information an den angegebenen Adressen.

Das Gesundheitswesen

Allgemeines: Die Gesundheitsfürsorge und die ärztliche Versorgung in der Türkei und in Kurdistan sind miserabel

Erst seit 1961 gibt es ein Sozialversicherungsgesetz (SSK), das den lohnabhängig Beschäftigten Kranken- und Rentenversicherung bietet. Jedoch nur die Hälfte der ArbeiterInnen ist im SSK versichert, ihre Zahl beträgt etwa 3,5 Millionen. Den Versicherten wird ein Drittel des Arbeitslohn für Kranken- und Rentenversicherung abgezogen. Bei einem Mindestlohn von derzeit 1,2 Millionen TL (=ÖS 1800,–) bleiben dann nach Abzug der Kranken- und Rentenversicherung noch ganze 897.000 TL zum Leben. Zum Vergleich: ein 250g schweres Brot kostet 2.000 TL.

Die Leistungen, die den staatlich Versicherten dafür geboten werden:

* Sie können nur bestimmte, meist schlecht ausgerüstete Krankenhäuser (SSK-Krankenhäuser) aufsuchen, die hoffnungslos überbelegt sind und viel zuwenig ÄrztInnen und Pflegepersonal haben. (Die Zahl der SSK-Versicherten ist in den letzten 10 Jahren um 50.000 gestiegen, während im gleichen Zeitraum das Personal in den SSK-Krankenhäuser um 10% reduziert wurde!)
* SSK-Versicherte zahlen für rezeptpflichtig verordnete Medikamente 20% des Verkaufspreises aus der eigenen Tasche.
* Die mitversicherten Familienangehörigen zahlen pro Behandlung in den SSK-Krankenhäusern 13.000 TL. Private Kliniken und ÄrztInnen können nicht über die SSK abgerechnet werden. Der Betrag von 13.000TL muß auch bezahlt weren, wenn die zur Behandlung notwendigen Geräte nicht vorhanden sind oder die erforderliche Medizin nicht vorrätig ist.

Neben den 3,5 Millionen ArbeitnehmerInnen sind auch 17 Millionen Rentner und Witwen zu gleichen Konditionen im SSK versichert.

Das Gesundheitswesen und die medizinische Versorgung in Kücük Armutlu

In Kücük Armutlu sind die meisten der BewohnerInnen nicht kranken- und rentenversichert, weil sie als Taglöhner oder schwarz arbeiten. Aufgrund der schlechten Wohnsituation und der einseitigen Ernahrung sind Krankheiten vorprogrammiert.

Fehlende ärztliche Versorgung, kaum Medikamente und aufgrund der finanziellen Situation keine Möglichkeit, ÄrztInnen zu konsultieren, erhöhen insbesonders in den langen Istanbuler Wintermonaten die Krankheitsquoten, oft bleiben Folgeschäden zurück...

Aus einem Bericht des Gesundheitskomitee von Kücük Armutlu:

Unsere Kinder sind, bedingt durch die fehlende Infrastruktur und den damit verbundenen Schmutz (fehlende Kanalisation, Schmutzwasser, das über die Wege läuft, Schlamm, Müll...), oft krank. Viele Kinder haben, aufgrund von Mangelernährung, einen ungesunden Körperbau und wir haben viele Körperbehinderte, die nicht in der Lage sind zu arbeiten. Ein wichtiger Faktor für die Krankheiten hier sind mangelhafte und einseitige Ernährung. Besonders in den Wintermonaten, wenn Obst und Gemüse teuer sind, ernähren wir uns überwiegend von Bulgur (Weizengrütze) und Tarhana (Suppe aus Joghurt).

Obwohl eine ständige medizinische Betreuung notwendig wäre, ist dies hier nicht möglich. Es gibt hier keinen einzigen Arzt, nicht im Gecekondu und auch nicht im Dorf Kücük Armutlu. Die einzige Unterstützung die wir bekommen, ist die der demokratischen Massenorganisation özgür-Der (Verein für Recht und Freiheit) und DEMKAD (Demokratische Frauenorganisation). Viele notwendigen Operationen werden durch ihre Hilfestellung ermöglicht. Durch die Aufklärung im Bereich der Geburtenkontrolle, die durch DEMKAD erfolgte, wird die Geburtenrate erheblich gesenkt.

Kücük Armutlu

Die geografische Lage

Kücük Armutlu liegt auf einem Hügel direkt oberhalb der 2. Bosporusbrücke. Von hier aus hat man eine wunderschönen Blick über den Bosporus.

Bereits in den 70er Jahren siedelten sich hier vereinzelt Menschen aus Mittelanatolien und Kurdistan an. Zu dieser Zeit waren schon Bauspekulanten aktiv, die ein Grundstück gleich mehrfach verkauften.

1989 siedelten zunehmend mehr Familien aus Tokat und Sivas sich in Kücük Armutlu an, inzwischen ist die Bevölkerung auf 20.000 Menschen angewachsen, die Hälfte davon Kinder.

Die Gründe der Landflucht

Die katastrophale wirtschaftliche Situation in der Türkei, bedingt durch Arbeitslosigkeit, niedriger Reallöhne und Preissteigerungen der Grundnahrungsmittel, führten dazu, daß die Menschen, auf der Suche nach einem Broterwerb, in die Metropole Istanbul flüchten. Her finden sie zwar auch kein Auskommen, aber wenigstens die Möglichkeit, durch Gelegenheitsjobs etwas Geld zu verdienen.

Etwa 50 - 60 % der Bevölkerung Istanbuls leben in Gececondus (Slumgebiete - Gececondu heißt 'über Nacht erbaute Häuser', sie werden vom Staat geduldet, solange keine anderen Interessen an Grund und Boden bestehen). Für ihre zum Teil aus Stein erbauten Häuser und Hütten fehlt den BewohnerInnen der Besitztitel, und sie müssen ständig damit rechnen, daß ihre Häuser abgerissen werden. Wohnen ohne Besitztitel ist den Herrschenden ein Dorn im Auge, dadurch wird das Bauen von Villen in der landwirtschaftlichen schönen Lage, wie in Kücük Armutlu, behindert.

Die politische Situation

Seit dem 17.7.1992 besteht der Räumungsbeschluß für Kücük Armutlu. Dieser basiert auf der Argumentation, hier am Bosporus soll ein strategisch wichtiger Raketenstützpunkt zum Schutz der Bosporusbrücke gebaut werden. Die Bevölkerung von Armutlu und der Bezirksbürgermeister von Sariyer, Dr. Yalcin, sind jedoch fest davon überzeugt, daß dies ein vorgeschobenes Argument ist, und das Gebiet später an Spekulanten verkauft werden soll. Dies wird auch durch die Tatsache gefestigt, daß sich drei Holdings für dieses Gebiet interessieren und der Oberbürgermeister von Gesamt-Istanbul mit 3% an diesen Holdings beteiligt ist. Des weiteren gibt es Erfahrungen von anderen Gececondus, die unter den Vorwand der militärischen Nutzung abgerissen und das Gebiet später anderweitig bebaut wurde.

In Kücük Armutlu kümmert sich der Staat weder um Wasser und Elektrizität noch um Kanalisations- und Schulbau. Die entstandene Infrastruktur haben sich die BewohnerInnen in Selbstorganisation mit Hile von GEYAD (Hilfsverein für GececondubewohnerInnen) selbst geschaffen. So verfügen die meisten Haushalte heute über Elektrizität, die, weil vom öffentlichen Netz angezapft und immer weitergeleitet, ständigen Schwankungen unterworfen ist. Auch die Trinkwasserversorgung ist durch das Anzapfen der Hauptwasserleitung gesichert. Die Wege und Straßen in Kücük Armutlu sind nicht befestigt und asphaltiert, wenn es regnet entstehen in kürzester Zeit Rinnsale und Bäche, die Wege und Straßen umgehend in Schlammwüsten verwandeln.

Die Repression

Seit 1989 steht Kücük Armutlu ständig unter Polizeidruck. Immer wieder erreichen uns Nachrichten von großen Polizeioperationen, von Einsätzen der Spezialeinheiten mit Panzern und Hubschraubern. Hunderte von BewohnerInnen wurden festgenommen, verprügelt, gefoltert.

In einer groß angelegten Operation mit Tausenden von Polizisten Panzern und Hubschraubern startete die Polizei am 20. Juni 1992 die bis heute andauernde Besetzung des Gececonugebiets. Kücüc Armutlu wird von der Polizei systematisch überwacht, ständig patroullieren Zivilpolizisten und mit Maschinengewehren bewaffnete Polizisten in dem Gebiet, in regelmäßigen Abstanden kreuzen zwei Panzer durch die Siedlung, die vor allem auch nachts die Bevölkerung dadurch terrorisieren, daß sie die Häuser ausleuchten und mit Höllenlärm die Hügel hinauf- und hinunterrasen.

Seit dem 20. Juni 1992 sind die beiden Schulen, eine davon von der Bevölkerung in Eigenleistung erbaut, besetzt. Durch die ständige Polizeipräsenz soll Panikstimmung erzeugt werden, sollen die Menschen eingeschüchtert werden.

Und der Polizeiterror hat Menschenopfer gekostet: Im Kampf um die Häuser wurde 1991 Hüsnü Iseri ermordet und am 17. November dieses Jahres wurde beim Spielen auf dem Schulhof die 6 jährige Sevcan Yavus vom Panzer überrollt, sie war auf der Stelle tot.

Schwester Petras Heiligwerdung

Der Tod ist ein Meister des Timings, manchmal jedenfalls: Just war Willy Brandt in die Grube gefahren und dabei einmal quer durch den Garten vereinnahmt, rhetorisch endgelagert und politisch entsorgt worden, da erwies sich, daß, *knock-knock-knockin' on heaven's door*, die nächste liebe Leiche schon ein paar Wochen lang paratgelegen hatte. Die Trauerredner waren, im Gegensatz zu ihren Objekten, noch richtig warm, gut im Schwung, voll im Törn quasi, auch der ölige Tonfall und der hohe Ton waren noch präsent. So konnte die ganze Blase, statt sich den von ihr ohnehin nicht beherrschten politischen Angelegenheiten widmen zu müssen, nahtlos einen weiteren „historischen Augenblick", eine weitere „geschichtliche Zäsur" inszenieren und abfeiern, von denen die jüngste deutsche Geschichte gemäß offizieller Lesart nur so wimmelt, egal, ob es sich bei diesen Ereignissen um das Daherkrächzen der Nationalhymne durch unmusikalische ältere Männer, die Eröffnung einer fettigen Imbißbude in Ostdeutschland oder eben das Ableben ad acta gelegter Politiker handelt.

Petra Kellys postume Verklärung, Mythisierung, Mystifizierung, Märtyrisierung, Ikonisierung, Seligsprechung und Lobpreisung wird mit einer Geschwindigkeit, Selbstverständlichkeit und Widerspruchslosigkeit vollzogen, die entweder auf eine Generalamnesie ihrer Betreiber rückschließen läßt oder aber stutzig machen muß. Wie ein heiliger Heißluftballon schwebt Petra Kelly über den Wassern, als hätte man sie nicht noch so, wie sie öffentlich in Erscheinung trat, vor Augen bzw. vor allem im Ohr: eine jabbelnde und schrebbelnde Nervensäge, die ihre Klosterschülerinnenansichten von der Welt chronisch mit Politik verwechselte. Ihrer mit unerschrockener Stetigkeit wiedergekäuten geistfreien Bergziegenpredigt, daß eines Tages Mensch und Wolf und Schlammamöbe friedlich beieinanderliegen und den Gesängen der Buckelwale oder wenigstens denen von Joan Baez lauschen würden, begegnete man am besten mit achselzukkender Gleichgültigkeit, allenfalls mit leichtem Mitleid; daß man Petra Kelly nicht so vollständig ignorieren konnte, wie das angemessen gewesen wäre, lag nicht am mangelnden guten Willen, sondern allein an der Penetranz, mit der sie sich und ihre Themen - zuletzt: Kinderkrebs und ein tibetischer Pastor - in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses zu rücken versuchte.

Die Grünen, deren Mitbegründerin sie war, hatten Petra Kelly längst aufs wohlverdiente Abstellgleis geschoben; das Durchatmen und die Erleichterung ihrer, hehe, Parteifreunde darüber, sie nicht mehr ständig am Kopf haben zu müssen, zog sich denn auch durch sämtliche Nachrufe;



dabei regte sich natürlich das bei Vertretern dieser Partei eingebaute schlechte Christengewissen, das mit zentimeterdicker Schmiere übertüncht werden mußte. Lukas Beckmann z.B. erinnerte sich seines Poesiealbums und schrieb: „Liebe Petra / Lieber Gert / Warum jetzt / Warum so früh / Warum ohne Abschied / Warum ohne ein Wort / Ihr bleibt ja und seid doch fort / seid fort und bleibt doch". Lyrik ist schwyrik, leicht wird sie schmyrik. Der *Spiegel*, der den Kitsch druckte (Nr. 44/92), bat auch die dazu hervorragend geeignete Antje Vollmer zur Leichenrede; die, der Toten in bezug auf Kopfinhalt und Diktion furchtbar ähnlich, meldete auch flink ihren Anspruch auf die Nachfolge als oberste Hoffnungs-, ja Hosenträgerin der Partei an, nannte die Tatsache, daß Petra Kelly nicht mehr dreimal täglich im TV zu sehen war, feist „eine Form der Folter" und hatte auch sonst die ihr eigene Melange aus Ahnungslosigkeit und Pathos voll drauf: „Das Leben der Petra Kelly bot sich an, den Mythos der Grünen zu verdichten wie der Körper von Janis Joplin, um die Geschichte der Rockmusik darauf zu schreiben." Die Geschichte auf den Körper schreiben? Mit Filzstift? Ein schon begnadet durchgeknalltes, aber auch ziemlich janisjoplinverachtendes Anliegen.

Noch etwas wußte Frau Vollmer über Frau Kelly: „Die Möwe war ihr Lieblingstier." Und Bärbel Bohley, die unvermeidliche Dritte im Bunde, war passend zur Stelle, als es galt, sich wichtig zu machen: Niemals wäre Petra Kelly „ohne politische Botschaft" freiwillig aus dem Leben geschieden, und da hat Frau Bohley ausnahmsweise einmal recht: Zu den Menschen, die die Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen würden, anderen noch nach dem Tod schwer auf den Senkel zu gehen, gehörte Petra Kelly sicher nicht.

Was also bleibt, letztlich? Eine Schwester Möwenherz, die, so scheints, von ihrem Möwenbändiger erschossen wurde, bevor der sich selbst den Garaus machte: Gert Bastian, ein ehemaliger Wehrmachts-Freiwilliger, dem der Laden immerhin so gut gefiel, daß er später Bundeswehrgeneral wurde und kurz vor der Pensionsgrenze verblüfft entdeckte, daß dieser Verein kein durch und durch pazifistisch gesonnener sei, machte seine letzte Friedensbewegung und zückte nach dem Motto „Frieden schaffen mit immer kleineren Waffen" den Derringer: Piff und Paff und Schluß.

Die Affäre Kelly/Bastian, von einer wahlweise zum kollektiven Trauerkloß oder zur kollektiven Claque degenerierten, zahnlosen Öffentlichkeit zur „Tragödie" shakespeareschen Zuschnitts stilisiert, taugt eher zur Operette oder zur Schmierseifenoper für den gehobenen Abgeschmack. Demnächst - jede Wette! - in einem Theater ganz in Ihrer Nähe.

Der Text erschien am 29.10.1992 in leicht gekürzter Fassung im *Neuen Deutschland*

T E R M I N A N K Ü N D I G U N G E N

Do 7.1.: 21.00 Videokino Daneben,Rigaerstr.84,0-1035 Fhain
"Die Glatzen von Spremberg"(BRD1992,45min.)

Fr 8.1.: 20.00 Cafe KGB,Potsdamerstr.180,1/30- Video:Gezählt,Gezähmt,Gezeichnet (Volkszählungsboykott) + Gespräch mit den FilmmacherInnen
20.30 Schokofabrik,Mariannenstr.6 HH,1/36 -Die Berliner FRAUEN-AKTIONS-KOALITION trifft sich, um mit spektakulären Aktionen gegen Rassismus vorzugehen und Frauenrechte als Menschenrechte einzufordern

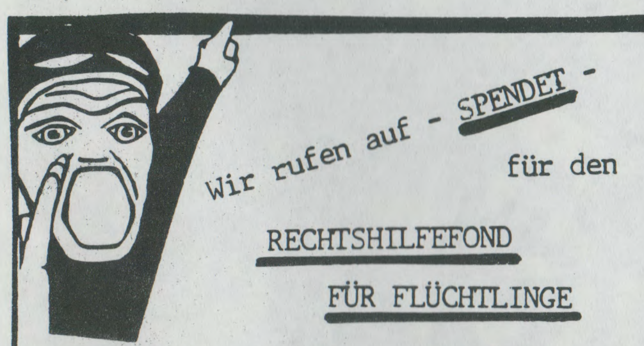
Sa 9.1.: 18.00 Vorbereitungstrffen zur Abschiebungsdemo im Drugstore,Potse S.P.U.K.(SchülerInnenplenum unabhängiger KaotInnen)
ab 22.00 SFE-Soli-Festa,Gneisenaustr.2a,1/61
für verschiedene Kollektive aus Barcelona mit Essen,Videos und Infos

So 10.1.: 21.00 Videokino Daneben "Aufenthalt im Widerstand"(F/BRD1991,30min.)

Di 12.1.: 23.00 Clash,Uferstr.13,1/65- Video-Film :"Alles unter Kontrolle"

Mi 13.1.: 21.00 SO36,Oranienstr.190,1/36- "por el cambio social:la mujer presente!"
Frauen in El Salvador + "?Qui ubole?" El Salvador im Januar´92

Fr 15.1.: 20.00 CAfe KGB- Video: Im Herbst der Bestie + Reggae-Night



für den

RECHTSHILFEFOND

FÜR FLÜCHTLINGE

Um völlig mittellosen Flüchtlingen die Chance zu geben, ihre noch verbliebenen Ansprüche hier wenigstens in den härtesten Fällen durchsetzen zu können, bedarf es Geld.

Ohne eine anwaltliche Vertretung ist in vielen Fällen überhaupt nichts zu machen - gegen Sondergesetze, für Bleiberechte, gegen Behördenwillkür, bei Gerichten, in Abschiebehaft, bei Vermißten und, um soziale Ansprüche durchzusetzen.

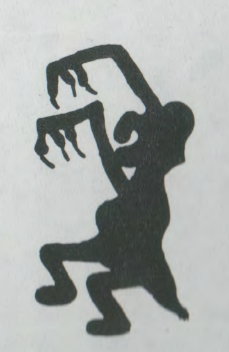
WER SICH NICHT WEHRT - LEBT VERKEHRT

Selbst das letzte Recht ist ein Privileg, und nur für die, die auch das Geld haben, es einzuklagen.

ASYL E.V. - Kennwort: BLEIBERECHT
Berliner Volksbank - BLZ 10090000
KontoNr.: 07036736









MEDICO-HILFE KURDISTAN

DAS SIRNAK-PROJEKT

Sirnak war Sehri Nuh: die Stadt Noahs. Im Koran liest man, daß die Arche nicht auf dem Ararat Berg strandete, sondern auf dem Cudi Berg unweit von Sirnak.

Man sollte dies ruhig wissen, wenn es darum geht, daß es Panzer & Waffen aus christlichen Ländern waren, die dieser Stadt und ihren Menschen neuerdings die Sintflut brachten.

Zweimal in diesem Jahr, im März und August, exe-kutierte der Nationale Sicherheitsrat der Türkei eine beispiellose Strafexpedition an **Sirnak** mit Waffen, (von der Bundesregierung finanziert), mit Panzern (aus ehemaligen NVA-Beständen), mit Munition, (die von der NATO kommt).

Die Stadt Noahs ist großenteils vernichtet. Die Häuser zerstört. Die Menschen flohen - und kehren nun ängstlich und verstört zurück.

Sirnak, zerstört mit Hilfe von Waffen aus Deutschland, soll wieder leben. Das müssen wir versprechen !

Wir bitten dringend um Spenden zur Versorgung & Wiederaufbauhilfe für die Kurden in **Sirnak**

Spendenkonten :

- **1800 Stadtsparkasse Frankfurt (BLZ 500 501 02)**
- **Postgiro Köln 6999-508 (BLZ 370 100 50)** Stichwort: "Sirnak"



Obermainanlage 7 ▮ 6000 Frankfurt 1 ▮ Tel.: 069/4990041

Wichtig!
Zum Abspielen bitte normale LP unterlegen und Tonarm mit Hand aufsetzen.

Qualitätsgarantie:
Diese Platte ist auf jeder Anlage bedenkenlos abspielbar!

33 UpM

RETTET DIE WALE!

DIE GESÄNGE DER WALE

Fabrikation Scherpe Krefeld
„Musik aus 'Die Gesänge der Buckelwale'. CD, LP, MC. Copyright
© by Zweitausendeins, Postfach, W-6000 Frankfurt am Main 60.